

# Deutsche Bauzeitung

Wochenschrift für nationale Baugestaltung · Bautechnik  
Raumordnung und Städtebau · Bauwirtschaft · Baurecht

Berlin SW 19  
14. Aug. 1935  
DBZ Heft 33

## Internationaler Wohnungs- und Städtebaukongreß in London

Professor Dr. Friedrich Schmidt

Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Arbeitsministerium

Die letzten überstaatlichen Beratungen über die Fragen des Wohnungswesens und des Städtebaues fanden im Jahre 1931 in Berlin statt. Nach längeren Verhandlungen war es damals gelungen, die beiden Tagungen, die die Internationale Vereinigung für Wohnungswesen und Städtebau (mit dem Sitz in London) und der Internationale Verband für Wohnungswesen (mit dem Sitz in Frankfurt a. M.) ursprünglich in kurzem Zeitabstand nacheinander getrennt in Berlin abhalten wollten, zeitlich zusammenzulegen, so daß die Besucher der einen Tagung auch an den Veranstaltungen der anderen teilnehmen konnten. Auch eine Zusammenlegung der gesellschaftlichen Veranstaltungen und Besichtigungen sowie eine Abgrenzung der Beratungsgegenstände war damals in gewissem Umfange erreichbar, indem die Londoner Vereinigung sich in der Hauptsache mit den Fragen der Gesundung der Elendsviertel, mit Städtebau und Landesplanung befaßte, während der Frankfurter Verband bei seinen Beratungen die mehr wohnungstechnischen Fragen in den Vordergrund stellte. Verhandlungen, die damals während der Tagungen und im Anschluß daran zwischen den Verbänden über ihre Wiedervereinigung stattfanden, führten leider zu keinem Ergebnis.

So kam es, daß in diesem Jahre die beiden Verbände zeitlich und örtlich getrennte überstaatliche Tagungen veranstalteten und überdies die Gegenstände, die zur Verhandlung standen, sich stark überschneiden. Wenn trotzdem beide Tagungen eine sehr starke Beteiligung fanden, so beweist dies, welch überaus großen Anteil heute nicht nur die verantwortlichen Stellen der Länder und Gemeinden, die Verbände und die Architektenschaft, sondern darüber hinaus weite Kreise der Bevölkerung aller Kulturstaaten an den Fragen des Wohnungswesens, der Siedlung und des Städtebaues nehmen. Wies schon die Tagung des Frankfurter Verbandes, die vom 23. bis 26. Juni in Prag stattfand<sup>1)</sup>, eine Beteiligung von etwa 800 Teilnehmern aus 25 verschiedenen Ländern auf, so stieg die Beteiligung an der Tagung des Londoner Verbandes auf fast das Doppelte dieser Zahlen.

Aus etwa vierzig verschiedenen Ländern waren Teilnehmer erschienen. Den Hauptanteil stellten aus begreiflichen Gründen England, Schottland und Irland. Aus diesen Ländern waren nicht nur die Regierungsstellen und sämtliche bedeutenderen Städte durch ihre verantwortlichen Beamten vertreten, sondern auch die Architektenschaft beteiligte sich überaus stark. Deutschland war durch insgesamt 27 Teilnehmer vertreten, eine in Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die sich bei der Beschaffung der fremden Geldsorte zeigten, recht er-

freuliche Zahl. Stattliche Abordnungen waren ferner insbesondere aus den Vereinigten Staaten von Amerika, aus Frankreich, Holland und den skandinavischen Ländern erschienen. Auch die übrigen Länder Europas waren mehr oder minder zahlreich vertreten. Daneben sah man Vertreter aus den übrigen Weltteilen, wobei China, Indien, Australien, Südafrika, Südamerika und Mexiko nicht fehlten. Als Verhandlungssprachen waren Englisch, Französisch und Deutsch bestimmt. Soweit erforderlich und erwünscht, wurden alle Vorträge, Reden und Äußerungen in den Aussprachen jeweils auszugsweise in die beiden anderen Sprachen übersetzt.

Man kann natürlich von einer überstaatlichen Tagung, die sich außer mit den fachlichen Fragen auch mit den inneren Angelegenheiten des Verbandes beschäftigen und reichliche Gelegenheiten zu Besichtigungen geben muß, wobei überdies gesellschaftliche Veranstaltungen viel Zeit wegnehmen, nicht erwarten, daß alle zur Verhandlung stehenden Gegenstände auch nur einigermaßen erschöpfend besprochen werden. Die Verhandlungsgrundlage bilden bei solchen Tagungen die Berichte der wichtigsten Länder, die vor der Veranstaltung aufgestellt werden und bereits vor Beginn gedruckt den Teilnehmern zugestellt sein müssen. Diese Berichte lagen aus den bedeutenderen Ländern über die drei zur Verhandlung stehenden Gegenstände: „Planmäßige Entwicklung des flachen Landes und Erhaltung des Landschaftsbildes“, „Zielbewußte Planung“ und „Wiederunterbringung der Bevölkerung“ in den drei Tagungssprachen gedruckt vor. Zusammenfassende allgemeine Berichte über die drei Gegenstände waren gleichfalls bereits bei Beginn der Beratungen vorhanden. Demgemäß konnte sich die Aussprache auf die wichtigsten, allgemeinen Fragen zu diesen Gegenständen beschränken.

Es wurde versucht, die Verhandlungen dadurch zu erleichtern, daß zwei gleichzeitig in verschiedenen Sälen stattfindende Tagungen anberaumt wurden, von denen die eine sich mit den Fragen des Städtebaues, die andere mit denen des Wohnungswesens befassen sollte. Diese Teilung erwies sich als nicht ganz glücklich, zumal insgesamt für diese Beratungen nur ein Tag zur Verfügung stand und durch die notwendigen Übersetzungen viel Zeit verloren ging. Es wäre vielleicht besser gewesen, entsprechend der Dreiteilung der Gegenstände auch drei Tagungen stattfinden zu lassen, von denen jede sich ausschließlich mit einem der drei Gegenstände befaßt hätte, wobei die Leitung streng darauf hätte achten müssen, daß die Aussprache nicht über die eigentlichen Beratungsgegenstände auf Fragen hinübergreift, die in den anderen Sitzungen zu behandeln wären. Diese

<sup>1)</sup> Siehe unsere Berichterstattung in Heft 28, Seite A 338, und Heft 29, Seite 578 bis 579.

drei Tagungen hätten dann zeitlich getrennt stattfinden müssen. Nur so wäre es möglich gewesen, daß die Teilnehmer, denen ja nicht allein an der Behandlung eines einzigen Gegenstandes gelegen war, auch an den Beratungen über die übrigen hätten teilnehmen können. Indes gaben die am letzten Tage erstatteten allgemeinen Berichte zu den einzelnen Gegenständen die Möglichkeit zu einer zusammenfassenden Unterrichtung aller Teilnehmer über das Ergebnis der Verhandlungen.

## 1. Entwicklung des flachen Landes

Der Allgemeinbericht über „Planmäßige Entwicklung des flachen Landes und Erhaltung des Landschaftsbildes“ faßte das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß mit Ausnahme von Dänemark und Australien eine zielbewußte, sich auf das flache Land erstreckende Planung nur in Deutschland und Italien beobachtet werden könne, während sich in den anderen Ländern die Maßnahmen auf die Verhinderung einer allzu großen Verstädterung des Landes beschränkten. Die Verwendung von Gelände, das für landwirtschaftliche Zwecke dient, zur Bebauung mit Wohnhäusern wird als unfruchtbare Maßnahme bezeichnet. Die Planung des flachen Landes müsse davon ausgehen, daß die landwirtschaftliche Nutzung nicht vermindert, sondern erhöht werde. Wer das Land liebe, der müsse anerkennen, daß überall, wo auf dem flachen Lande Gebäude errichtet werden, von einer „Sterilisierung“ des Landes gesprochen werden müsse. Wenn dieser Gedanke immer wiederholt werde, dann werde aus dem Schlagwort ein erzieherisches Mittel.

Übereinstimmung bestand ferner darüber, daß dort, wo das Land bebaut werden muß, aus dem Geiste des Landes heraus gebaut werden müsse. Der Vertreter Frankreichs betonte besonders, daß bei Bauten auf dem Lande dem Künstler mehr Raum gegeben werden müsse als dem Ingenieur. Dies geschehe bisher noch nicht genügend.

Bei der Bebauung des Landes müßten den Dorfbewohnern alle Erfindungen der Technik zugutekommen, insbesondere Elektrizitäts- und Wasserversorgung und sonstige Bequemlichkeiten. Die Häuser müßten in die Landschaft hineinpassen.

Die Geldbeschaffungsfrage wurde berührt, aber nicht gelöst. Notwendig sei eine Weiterführung der Unterstützung durch öffentliche Mittel. Besonders wurde betont, daß bei der Aufteilung der Güter unwirtschaftliche Größen vermieden werden müssen. Die Art der Aufteilung ist in den einzelnen Ländern je nach der politischen Ansicht verschieden. Auf die deutsche Gesetzgebung wurde als besonders vorbildlich hingewiesen.

Die Überwachung der Bebauung müsse in allen Fällen bei der Regierung liegen, indes sind die Arbeitsweisen bei der Überwachung überall verschieden. In der Frage, ob die Überwachung durch eine höchste Stelle, durch eine Zwischen- oder die örtliche Stelle ausgeübt werden solle, herrschte keine Einigkeit.

Besondere Beachtung fand die Frage großer Staatsparke. Hier wurde auf die amerikanischen Schöpfungen aufmerksam gemacht. Eine Vergrößerung solcher Parke sei anzustreben, wo es die Rücksicht auf die landwirtschaftliche Erzeugung verantwortbar erscheinen lasse.

Als größte Gefahr für das flache Land wurden immer wieder die einseitige städtische Einstellung der Architekten bezeichnet, die durch die Aufgaben der Industrie, des Verkehrs und der großstädtischen Bebauung in anderer Richtung beeinflußt seien. Der bescheidene

Architekt des flachen Landes werde eines schönen Tages ohne Erwerb sein, wenn er nicht rechtzeitig erwache. Die angeschnittenen Gegenstände wurden als so wichtig bezeichnet, daß sie Sonderverhandlungen vorbehalten werden müßten, die mit eingehenden Untersuchungen vom Arbeitsausschuß einzuleiten seien. In diesem Jahre sei dies nicht möglich, jedoch sei Eile geboten, da nur Schnelligkeit größeren Schaden für die Landschaft verhüte. Die umfassende Bebauung, die Überhandnahme des Werbewesens usw. zeigten, wie groß die Gefahr sei.

## 2. Zielbewußte Planung

Bei dem Gegenstand „Zielbewußte Planung“ führte zunächst der Nestor des englischen Städtebaues Sir Raymond Unwin aus, daß die Menschen keine Ameisen seien, die eng zusammengepfercht in einem Haufen wohnen, aber auch keine Einsiedler, von denen jeder abgesondert für sich wohnen wolle. Die menschliche Gesellschaft sei aufgebaut auf dem Zusammenwirken von Gruppen. Diese dürften allerdings nicht zu groß sein. Alle Städte — auch die neuen Trabantenstadtgründungen — müßten von vornherein in der Größe beschränkt werden. In den Stadtplan müsse auch die Umgebung und das Land einbezogen werden. Die Hausformen müßten aufgebaut werden mit dem Blick auf den Hintergrund des Landes, nicht umgekehrt.

Auch der Vertreter Frankreichs betonte, daß bei der Stadtplanung nicht das Menschliche außer acht gelassen werden dürfe. Man dürfe bei der Aufteilung des Bodens nicht den Weg des geringsten Widerstandes gehen. Das Ziel dürfe nicht sein, die Städte und Häuser so billig wie möglich zu bauen, die Grundlage müßten vielmehr Schönheit, Weite und Freiheit bilden.

Ich habe demgegenüber betont, daß der Aufbau der Städte nicht allein eine Sache des Gefühls und Geschmacks oder eine rein baukünstlerische Angelegenheit sei, sondern eine Angelegenheit von höchster politischer Tragweite. Die Art des Städtebaus sei entscheidend für die Zukunft eines Volkes. Die Lösung der von Unwin angeschnittenen Fragen könne aber nur auf Grund wohl-durchdachter gesetzlicher Unterlagen erfolgen, die auch vor Eingriffen in das unbeschränkte Verfügungsrecht über den Grund und Boden nicht zurückschrecken dürften. Deutschland habe in zwei wichtigen Gesetzen die Grundlagen für einen planmäßigen Städtebau bereits geschaffen. Über beiden Gesetzen stehe groß die Überschrift: „Gemeinwohl muß vor Eigenwohl gehen!“. Ich habe sodann die beiden Gesetze und die hierbei gemachten Erfahrungen erläutert und betont, daß in allen Ländern genügend gute Städtebauer und Architekten vorhanden seien, die, wenn die nötige gesetzliche Grundlage geschaffen sei, auch das beste äußere Kleid für den Städtebau finden werden.

Der Vertreter der Stadt Birmingham verlangte, daß die Fachleute besser und planmäßiger als bisher im Städtebau ausgebildet werden müßten. Der Vertreter Mexikos wies darauf hin, daß dort ein ehrenamtlicher Ausschuß eingesetzt sei, der das Recht habe, mit den Grundbesitzern Verträge zur Verbesserung der Stadtplanung abzuschließen. Die Grundbesitzer müßten 50 vH, die Regierung die restlichen 50 vH der Straßenkosten tragen. Ausführlich wurden die Versuche Englands zum Bau neuer selbständiger Gemeinden, Welwyn und Letchworth, erörtert. Der Vertreter Belgiens führte aus, daß der starke Freiheitsdrang der Belgier einen planmäßigen Städtebau stark erschwere. Sowohl der einzelne als auch die Gemeinden beugen sich nur ungern unter die Aufsicht des Staates. Allgemein kam in der Aussprache die Schwierigkeit zum Ausdruck, die dem Städtebau daraus er-

wüchse, daß das Wohl des einzelnen sehr oft mit den Forderungen, die die Öffentlichkeit erheben müsse, nicht in Einklang zu bringen sei.

### 3. Wiederunterbringung der Bevölkerung

Der Hauptberichtersteller über „Wiederunterbringung der Bevölkerung“ bezeichnete eine Zusammenfassung des Ergebnisses der Verhandlungen als besonders schwierig, weil die Ausspracheredner nicht den Vorbericht als Grundlage für ihre Ausführungen genommen hätten. Der Vertreter von New York hielt eine Feststellung darüber für notwendig, welcher Hundertsatz des Einkommens für die Miete aufgewendet werden solle. In den Vereinigten Staaten gehe man von 15 bis 20 vH aus. Der Vertreter von Manchester wies demgegenüber auf die Schwankungen der Einkommen hin und die sich hieraus ergebende Notwendigkeit der Unterstützung für den Fall der Zahlungsunfähigkeit der Mieter. Der Vertreter von Leeds betonte, daß seine Stadt an und für sich gegen jede Unterstützung sei; in der Wirklichkeit könne man indes ohne sie nicht auskommen. Sie müsse aber auf die Fälle beschränkt werden, in denen sie wirklich notwendig sei. Er erläuterte eingehend das Verfahren der Stadt Leeds, das ihm mustergültig erschiene.

Ein Vertreter Schwedens führte aus, daß die Frage der verwahten Häuser dort weniger dringend sei als die Übervölkerung. Indes sei in bezug auf die Dichtigkeit der Bevölkerung eine allmähliche Besserung zu verzeichnen. Hieran sei allerdings größtenteils die sinkende Geburtsziffer Schwedens schuld. Trotzdem gebe es dort noch sehr viele übervölkerte Wohnungen, namentlich solche, die aus einem Zimmer und aus einem Zimmer und Küche bestehen. Die Volksvertretung habe neuerdings große Beträge für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse bewilligt.

Andere Vertreter führten aus, daß nicht der Kampf gegen die Übervölkerung in den Wohnungen im Vordergrund stehen müsse, sondern der Kampf gegen das Wohnen von zuviel Personen in einem Zimmer. Es müsse eine überstaatlich gültige Umschreibung für den Begriff „Übervölkerung“ aufgestellt werden. Die Frage der Übervölkerung sei hauptsächlich eine geldliche.

Eine ausgiebige Aussprache entspann sich über die Frage: Stockwerkswohnungen oder Einzelhaus. Niemeyer-Frankfurt und Musil-Wien traten dafür ein, daß, soweit irgend angängig, die Unterbringung in Einzelhäusern am Rande der Stadt erfolgen müsse. Dem trat Keppler-Amsterdam entgegen. Er betonte die Notwendigkeit zu untersuchen, wie „unliebsame“ Familien untergebracht werden können, und wies auf die Versuche in Holland hin. Gegen diese Art der Unterbringung von unliebsamen Familien wandten sich vor allem die englischen Abgeordneten, die betonten, daß die persönliche Freiheit unbedingt gewahrt werden müsse. Die Absonderung unliebsamer Familien widerspreche der Wesensart des englischen Volkes. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß es sich offenbar hier um ein Mißverständnis handle; unter „unliebsamen Familien“ seien nicht „unbemittelte Familien“, sondern Familien ohne guten Willen zu verstehen. Viele erwiesen sich als gute Einwohner, wenn sie besser untergebracht und angesiedelt werden als bisher. Keppler-Amsterdam gab zu, daß er nur Familien im Auge habe, die, nachdem sie bereits untergebracht oder angesiedelt waren, sich als ungeeignet zum Zusammenleben in der Volksgemeinschaft mit anderen Familien erwiesen haben; für diese Kreise müßten besondere Unterbringungsmaßnahmen getroffen werden.

Die inneren Verhandlungen der Internationalen Vereinigung für Wohnungswesen und Städtebau galten der

Entgegennahme des Berichts, den die Geschäftsführung erstattete, und der Ergänzung des Vorstandes, des Arbeitsausschusses und der Geschäftsführung. An Stelle des seit dem letzten Kongreß verstorbenen Vizepräsidenten Dr. Robert Schmidt wurde der Stuttgarter Oberbürgermeister Strölin zum Vizepräsidenten gewählt. In den Arbeitsausschuß wurden Oberbürgermeister Stöckle (Deutscher Gemeindetag) und Stadtrat Niemeyer, Frankfurt a. M., berufen, der gleichzeitig zum ehrenamtlichen Schatzmeister bestellt wurde. Das Amt des Präsidenten der Internationalen Vereinigung ging aus der bewährten Hand von Dr. John Nolen (Cambridge, Massachusetts, USA), dessen Amtszeit abgelaufen war, an den Leiter der Städtebauabteilung im Britischen Gesundheitsministerium Pepler über.

Große Bedeutung wurde mit Recht einer möglichst weitgehenden Unterrichtung der Abgeordneten über die bisherigen Erfolge Englands auf dem Gebiete des Städtebaues und des Wohnungsneubaus gelegt. Eine Reihe von Besichtigungen von Slums, und Führungen durch die an ihrer Stelle errichteten Ersatzbauten, die Vorstadtsiedlungen und die beiden Gartenstädte Welwyn und Letchworth gaben reichliche Gelegenheit, sich ein Urteil über die Verhältnisse und Leistungen in England zu bilden. Der Eindruck wird wohl bei allen Abgeordneten ein überaus starker gewesen sein. Es ist erstaunlich, mit welcher Zielsicherheit und Tatkraft England seit Beginn des Industriezeitalters in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Politik verfolgt hat, die Masse der Bevölkerung nicht in städtischen Mietskasernen, sondern in Flachbauten unterzubringen. Schon auf der Reise nach London fällt auf, daß sich die Großstadt nicht, wie bei uns, schon von weitem durch häßliche Brandmauern und ein wüstes Durcheinander von mehrgeschossigen Häusern, Einfamilienhäusern, Kleinsiedlungen und Laubengeländen ankündigt. Fast eine Stunde lang fährt man nur durch Flachbaubezirke mit endlos aneinandergehäuften ein- und höchstens zweigeschossigen Reihenhäusern. Erst wo der eigentliche Stadtkern angeht, beginnt das mehrgeschossige Miethaus. Wenn auch diese Reihenhausbaubezirke in ihrer einförmigen, wenig mit Gärten durchsetzten, düsteren Bauart städtebaulich keineswegs ein erfreuliches Bild abgeben, so hat doch gerade diese Form der Unterbringung im wesentlichen die Zersetzung der englischen Arbeiterbevölkerung durch marxistische und kommunistische Bestrebungen verhindert.

Ausgiebig wurde gezeigt, was England an die Stelle der abgerissenen Slums setzt. Es sind mehrgeschossige Miethäuser, größtenteils in der Form des „Laubenganghauses“, über deren Zweckmäßigkeit die Vertreter aus den einzelnen Ländern verschiedener Ansicht waren. Die Grundrisse dieser Mietwohnungen weichen im übrigen lediglich insofern von den bei uns gebräuchlichen ab, als sie durchweg eine kleine Koch- und Abwaschküche (scullery) enthalten, in der nicht nur die Speisen bereitet werden (vielfach elektrisch oder mit Gas), sondern auch einen Spültisch zum Abwaschen des Geschirrs, einen mit Gas beheizten Waschkessel, bisweilen auch gleichzeitig eine Badewanne und — in der Regel — Warmwasserversorgung. Alle Ausrüstungen sind reichhaltig und besonders gediegen. Die Witterung erlaubt dabei, daß die Abwasserleitungen an die Außenseite des Hauses verlegt werden, was allerdings nicht immer den schönheitlichen Eindruck der Schauseiten hebt.

Die Vorstadtsiedlungen, die in den letzten Jahren in Gruppen bis zu mehreren tausend Häusern zusammengefaßt, errichtet wurden — die Siedlung Becontree bei London umfaßt 25 000 Familien mit etwa 120 000 Köpfen! —, sind in ihrer Weiträumigkeit sehr eindrucksvoll. Die Hausgrundrisse gleichen auch dort im allge-

meinen den bei uns üblichen. Besonders fällt auf, daß die Gartenzulagen sehr klein sind und Kleintierställe überhaupt fehlen. Der Engländer sieht in der Fürsorge für die Unterbringung der Bevölkerung lediglich eine Wohnungs-, keine Siedlungsfrage. Hierin liegt ein grundlegender Unterschied gegenüber der deutschen Auffassung. Demgemäß sind die Gärten fast ausschließlich zur Blumenzucht verwendet, bisweilen überhaupt kaum gepflegt. Gemüsebau ist eine Seltenheit. Höchstens findet sich da und dort ein kleines Gewächshaus für Frühgemüse.

Im Anschluß an die Tagung bot sich Gelegenheit, auf einer Reise durch das Land die bedeutendsten Industriestädte Mittelenglands kennen zu lernen: Manchester, Liverpool, Leeds, Bolton, Birmingham. Hierbei zeigte sich die grundlegend verschiedene Auffassung der einzelnen Städte in bezug auf die gewählte Art der Lösung der Wohnungsfrage. Während z. B. Liverpool mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten bei der Geländebeschaffung in großem Umfang zur Befriedigung des Wohnungsbedarfs durch große Mietblöcke übergegangen ist, halten andere, wie Manchester und Birmingham, in der Hauptsache am Flachbau fest. Überall zeigte sich das gleiche Bild: planmäßiger Abbruch von Slums-Vierteln mit dem Ziele, in etwa 5 Jahren die Hauptschäden beseitigt zu haben, Ansiedlung eines Teiles der Bevölkerung in Neubauten, die an Stelle der abgebrochenen Häuser errichtet werden, Umsiedlung der übrigen Familien an den Stadtrand. Überall, soweit es sich um Miethäuser handelt, fast ausschließliche Bevorzugung des Laubenganges; soweit Befriedigung des Bedarfs in Flachbauten erstrebt wird, Zusammenfassung

der Bauaufgaben zu großen einheitlichen Siedlungsblöcken, mit teilweise allzu aufwendigen Straßen und bisweilen allzu schematischen Linienführungen.

Vielleicht ist der bedeutsamste Eindruck, den die Deutschen mitgenommen haben, die Überzeugung, daß das neue Deutschland mit seiner zielbewußten Förderung des Flachbaues und hier wiederum mit der Bevorzugung der Siedlung gegenüber der reinen Wohnungsfürsorge, auf dem richtigen Wege ist, daß die Macht eines Staates und seine innere Festigung wesentlich von einer Unterbringung der Bevölkerungsmassen in gesunden Wohnungen unter möglichster Vermeidung zu großer Anhäufung in Massenmiethäusern abhängt, daß aber für den Fall wirtschaftlicher Rückschläge es nicht genügt, die Masse der Bevölkerung in Wohnungen untergebracht zu haben, sondern daß allein die Siedlung den Menschen vor der Verelendung bewahrt.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß die Tagung durch keinen einzigen Mißton gestört wurde, daß die Aufnahme der fremden Gäste in allen Städten durchweg eine besonders zuvorkommende war und die Engländer in keinem Falle es an einer der Bedeutung Deutschlands vollkommen entsprechenden betonten Berücksichtigung der deutschen Vertreter fehlen ließen. Zwischen den Verhandlungen und Besichtigungen ergab sich reichlich Gelegenheit zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit den Vertretern der übrigen Länder. Für den äußeren Rahmen sorgten zahlreiche Einladungen und festliche Empfänge, von denen der durch den Lordmayor und die Stadtverwaltung von London in der altherwürdigen Guildhall ein besonders glänzendes Bild von der stolzen Überlieferung und dem Reichtum der Weltstadt gab.

## Die Altstadtfrage — nicht nur eine Frage der „Sanierung“

Oberbaurat Dr.-Ing. Kneller, Ulm

Jeder für Hochbau und Städtebau verantwortliche Baubeamte einer Stadt mit wertvollem Altkern weiß, was diese Frage bedeutet. Die Verantwortung gegenüber Zeitgenossen und Geschichte ist nicht gering. Es ist ein besonderes Verdienst der neuen Staatsführung, einer großen Reihe alter deutscher Städte wieder Bedeutung und Ziele gegeben zu haben. Die Wirkung wird in erster Linie in einer erhöhten Bautätigkeit sichtbar. Diesem Ansporn Rechnung zu tragen, ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern in besonderem Maße eine Kulturfrage.

Ob wir heute einen eigenen Stil haben oder entwickeln werden, das mögen spätere Zeiten beurteilen. Aber wir werden im Dritten Reich keine neugotischen Kirchtürme, Rathäuser und Marktplatzwände mehr bauen wie im vergangenen Jahrhundert, und wir werden alte ausgetretene Stufen in geschichtlichen Gebäuden nicht durch neue ausgetretene Stufen ersetzen, wie es ein sehr bekannter Baupfleger und „Rekonstrukteur“ in den vergangenen Jahrzehnten getan hat. Wir werden überhaupt nicht altertümeln, sondern uns ein Beispiel gerade an den früheren starken Stilzeitaltern nehmen, die immer in ihrer eigenen Zeitauffassung neu gebaut und umgebaut haben: sei es die völlig zu Barock gewordene Zisterzienserkirche in Oliva, oder die frühgotische Heiligkreuzkirche in Schwäbisch-Gmünd mit der barocken Raumbühne, oder das klassizistisch aufgemachte bürgerliche Giebelhaus aus der mittelalterlichen Blütezeit Ulms.

Ein gutes altes Gebäude in der Umgebung von Stilmachungen oder, was nicht weniger verwerflich ist, von romantischen Anklängen wird in seinem Wert stark abgeschwächt. Es wird in demselben Maße gesteigert in der Umgebung zwar neuzeitlicher, aber zurückhaltender Gestaltung. Merkwürdig, daß diese einfachen Erfahrungen nicht schon immer maßgebend waren. Würde es doch nie jemand eingefallen sein, einen wertvollen Edelstein im Gemenge falscher Steine zu verwenden, es sei denn zu plumpen Täuschungszwecken. Auch wird ein Mensch mit Wertbegriffen niemals ein falsches Stilmöbel in ein Zimmer mit echten Stilmöbeln stellen, weil er genau weiß, daß die echten (und er mit ihnen) dadurch stark herabgemindert werden, ganz abgesehen von gerissenen Nachahmungen, die gerade durch ihren Zweifelswert die ganze Sammlung wertlos machen.

Noch viel zu wenig beachtet ist die falsche Romantik im Städtebau, also in der Gesamtauffassung der Stadtform. Es gibt ein Buch „Die Stadtkrone“, geschrieben von einem merkwürdigerweise sonst alle herkömmlichen Begriffe verachtenden Mann. Schließlich vertritt er doch darin die mittelalterliche Stadtform, deren Kerngebäude (den Dom) er lediglich im Nutzungszweck umdeutet zum Stadthaus oder ähnlichem. Auch sogenannte moderne Städtebauer sind merkwürdigerweise mit ihren Musterstadtvorstellungen noch keinen Schritt über die mittelalterlich brennpunktmäßige Stadtauffassung hinausgekommen, obwohl ihr alle täglich pulsenden neuzeit-

lichen Einrichtungen an Bahnen, Straßen, Fernschreiber usw. (vom Fliegen ganz zu schweigen) völlig entgegen-gerichtet sind. Die einfachste Überlegung ist die, daß ausgerechnet im engsten Stadtgebiet, dem Altstadt-kern, die größte Verkehrsdichte durch strahlenförmige Ver-kehrsanordnung erzeugt wird, während sich die Raum-verhältnisse der Stadt gerade umgekehrt darstellen. So kommt es, daß sich die Raumfrage in der Altstadt doppelt unangenehm bemerkbar macht<sup>1)</sup>.

Auch die räumlichen Verhältnisse der Häuser selbst sind keineswegs den neuzeitlichen Ansprüchen ent-sprechend gewachsen. Man erlebt es häufig und fort-gesetzt, daß Geschäfte aussiedeln und Altgebäude zu Schleuderpreisen veräußert werden müssen, weil sich die Räumlichkeiten mit dem besten Willen nicht mehr neu-zeitlich umgestalten und auch nicht mehr vermieten lassen. Dabei war das Haus nicht einmal abbruchwürdig. Gewiß soll die Altstadt kein Museum sein, ohne Verbin-dung mit dem Leben einer Stadt. Aber man wird nur die Gebäude abbrechen und ersetzen, die abbruch-würdig sind, und wird ihnen nach Größe, Form und Nutzungsart eine mit ihrer näheren Umgebung (Altstadt) verwandte Rolle zuteilen. Die Rolle soll nicht in Altertümeln oder gewerblichen Spitzwegformen be- stehen. Das würde eben städtebaulich altertümeln heißen.

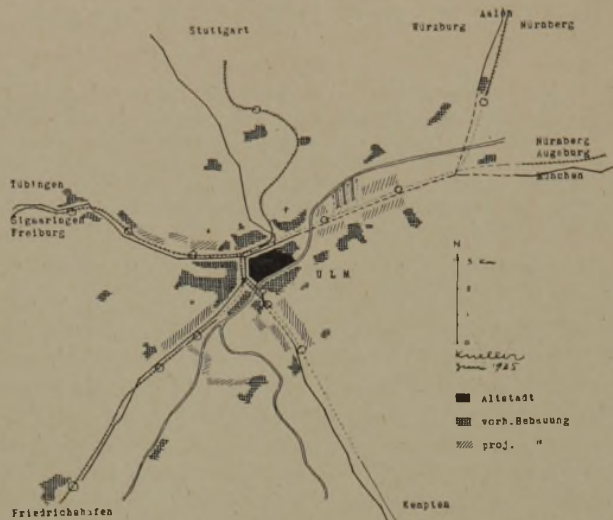
Aber die entgegengesetzte Form großstädtisch pul-sender Durchbrüche inmitten von Altstadtgassen wird immer unorganisch sein: der räumliche und betriebliche Gegensatz ohne Vermittlungsgebiete, die gegenseitigen Störungen der wirtschaftlichen und kulturellen Wertig-keitsgegensätze usw. Es ist die alte Geschichte mit dem neuen Lappen auf dem alten Kleid. Beide werden verdorben. Das deckt sich auch mit dem Begriff der Un-wirtschaftlichkeit, oft belegt durch die Erfahrungen deut-scher Städte (Hamburg, Straßburg, Frankfurt a. M. usw.).

Die Frage der gesundheitlich notwendigen Verbesse-rungen durch Auslichtung von Blöcken (Braunschweig) oder völlige Beseitigung unbrauchbarer Stadtteile (Ham-burg) wird hierdurch nicht verneint, sondern unmittelbar gerechtfertigt.

Was soll aber im übrigen mit der Altstadt geschehen? Sie soll als ein besonders geprägtes Lebensgebilde von Gebäuden und Straßenräumen gemeinsamen Alters, Gefüges, Form-, Nutzungs- und Wirtschaftswertes, als leben-diger Stadtteil neben den anderen, neuen, bestehen-bleiben, erhalten und ohne Gewaltamkeiten verbessert werden, soweit es gesundheitlich notwendig und wirt-schaftlich vertretbar ist.

Die besondere Schwierigkeit scheint darin zu be- stehen, daß die Altstadt neben den neuen Stadtteilen bestehen oder angeordnet werden soll. Das geschieht einfach dadurch, daß man den Hauptverkehr oder den hierfür geeigneten Verkehrstreifen als Berührungslinie an der Altstadt und den übrigen Stadtteilen v o r b e i f ü h r t (Abbildung 1), wodurch dann die Altstadt durchaus an das lebendige Gebilde von heute angeschlossen ist, ohne darin dauernd die Rolle des unhaltbaren Verkehrs-zustandes zu spielen und damit völlig verdorben zu werden.

<sup>1)</sup> Siehe auch den Aufsatz von Wilhelm Heilig „Verkehrsentlastung der Altstadt Berlin“ in Heft 24, Seite 463 bis 470. Die Schriftleitung.



**1 Gute Verkehrsführung.** Die Hauptsammelstrecken laufen als Berührungslinien an den vorhandenen Stadtteilen (Altstadt) vorbei. Die Stadt kann als ein lebendiges Gebilde weiterwachsen, ohne daß die Altstadt, die ja nicht Verkehrsmittelpunkt ist, beeinträchtigt wird



**2 Schlechte Verkehrsführung.** Die Hauptsammelstrecken sind zu weit draußen angeordnet. Die zusammenhängende Baumasse muß weiterwachsen, und die Altstadt bleibt doch ein Verkehrs-hauptgebiet

Aber auch in dieser Maßnahme gibt es Übertreibungen mit der Gefahr, etwas vom Gegenteil zu erreichen. Wenn dieser Hauptverkehrstreifen (Hauptsammelstrecke für den Durchgangs- und Stadtteilverkehr) nicht un-mittelbar an die bestehenden Stadtteile heran-gebracht wird (Abbildung 2), dann wachsen trotz aller Stadtplanung die an sich schon zu weit gediehenen Bau-massen mit magnetischer Wirkung an den Streifen heran. Damit vergrößern sie das Übel der zusammenhängenden Baumasse an sich, wenn auch die Verkehrsneigung gün-stiger gerichtet ist.

Es leuchtet wohl ein, daß ein Altertümeln am Hause, am Straßenraum und an der Stadtform — von Kultur-belangen ganz abgesehen — in sich unwirtschaftlich ist. Daß aber auch eine moderne Roheit am Altstadtgebiet immer unorganisch und deshalb unwirtschaftlich ist, das würde sich unfehlbar erweisen.

# Versuche mit Alpha-Decken

Ingenieur René W. P. Leonhardt

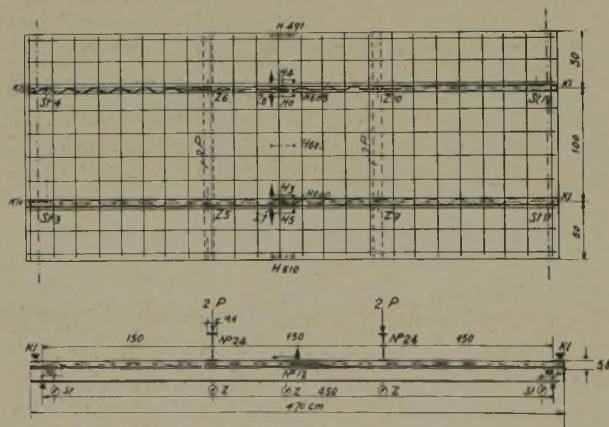
Der Verfasser berichtete in Heft 16, Seite 312 bis 314, über das „Alpha-Verfahren“, eine neuartige Bauweise zur statisch wirksamen Verbindung von Stahl und Eisenbeton (siehe auch den Aufsatz „Zur Verbindung von Eisenbeton und Stahlträger“ von Hans Braun in Heft 27, Seite 537 bis 538). Das Verfahren ist inzwischen bei Bauten und Versuchen weiter erprobt worden. Hier wird über einige dieser Versuche berichtet. Die Schriftleitung

Der Grundgedanke des Alpha-Verfahrens, die schubfeste Zusammenwirkung von Träger und Betonplatte durch Aufschweißen von Rundstahlspiralen auf die Trägerflanschen herzustellen, ist einfach, technisch zuverlässig und stellt eine wirtschaftliche Lösung der Frage der Beton-Stahl-Bauweise dar. Unter Aufsicht des Eidgenössischen Materialprüfungsamtes an der Technischen Hochschule in Zürich sind nun Versuche durchgeführt worden, um die statische Wirkung der Schubspiralen nachzuprüfen.

Die allgemeine Versuchsanordnung zeigt in Schnitt und Grundriß Bild 1. Das Tragwerk besteht aus 2 NP 12 und einer 2 m breiten Eisenbetonplatte von 5,8 cm Stärke. Die Last wurde mittels der beiden NP 24 aufgebracht und bei den verschiedenen durchgeführten Versuchsreihen so nach Lage und Größe abgewandelt, daß zwar die Ergebnisse gleich, aber die Schubkräfte verschieden groß ausfielen. Es sei vorweg bemerkt, daß trotzdem die Ergebnisse der Biegeversuche nur sehr wenig schwankten. Bei der Laststellung in Bild 1 betrug die rechnermäßige Nutzlast  $P = 523 \text{ kg}$ , das Höchstmoment  $M = 785 \text{ kgm}$ . Die Vorbemessung der Bauart wurde nach den zur Zeit gültigen Eisenbetonvorschriften und unter Zugrundelegung folgender Annahmen durchgeführt:

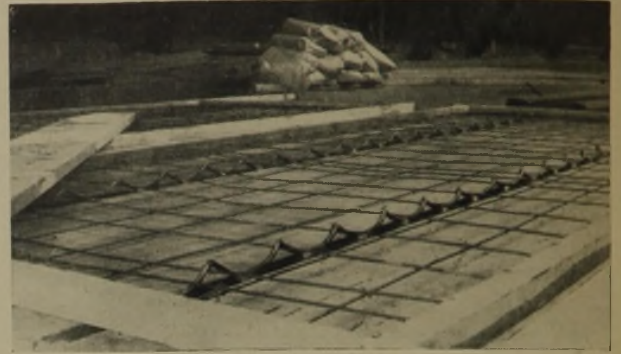
1. Stahlträger und bewehrte Betonplatte wirken einheitlich zusammen, Querschnitte bleiben eben.
2. Verhältnis der Dehnungszahlen  $n = 20$ .
3. Zulässige Eisenzugspannung  $\sigma_e = f1200 \text{ kg/cm}^2$ .
4. Zulässige Betondruckspannung  $\sigma_b = 40 \text{ kg/cm}^2$ .
5. Zulässige Schubbeanspruchung der Schweißstelle  $\tau_{zul} = \frac{1}{2} \tau_{zul} \sigma_e = 600 \text{ kg/cm}^2$

Für die Versuche gelangte gewöhnlicher Portlandzementbeton in fester Form und als Zuschlagstoff gewaschener Sand und Kies zur Verwendung. Das



1 Allgemeine Versuchsanordnung in Schnitt und Grundriß

Mischungsverhältnis war folgendes: 300 kg Z.: 750 Liter Kies + 450 Liter Sand + 150 Liter Wasser. Der Außendurchmesser der Spiralen betrug etwa 5 cm, die mittlere Ganghöhe 22 bis 23 cm und die mittlere Länge der Schweißstellen 30 mm. Bild 2 gibt ein Bild der Bewehrung vor dem Betonieren. Die Schalung der Platte war unmittelbar auf den Boden abgestützt. Ihr Eigen-



2 Bewehrung vor dem Betonieren

gewicht wurde dadurch beim Ausschalen auf den ganzen Verbundträger übertragen, dagegen das Eigengewicht der Längsträger durch diese selbst aufgenommen.

Zur Vorprüfung der verwendeten Stoffe wurden gleichzeitig mit der Ausführung der Probendecken Schweißproben und Betonproben hergestellt, deren Prüfung folgende Ergebnisse hatte:

## a) Schweißproben

Schweißungen gleicher Art, wie in der vorliegenden Bauart angewendet, wurden geprüft durch Zugproben von an Flacheisen angeschweißten Rundeisen  $\varnothing 13 \text{ mm}$ . Die Länge der Schweißungen betrug 3,6 bis 4,2 cm. Die Schweißungen blieben bei den Zugversuchen unbeschädigt, dagegen erfolgte der Bruch der Rundeisen bei einer Spannung von  $3,7 \text{ t/cm}^2$ .

## b) Betonversuche (Mittelwerte)

Alter: 28 Tage.

Würfeldruckfestigkeit =  $317 \text{ kg/cm}^2$ .

Biegefestigkeit =  $33,2 \text{ kg/cm}^2$ .

Prismendruckfestigkeit =  $250 \text{ kg/cm}^2$ .

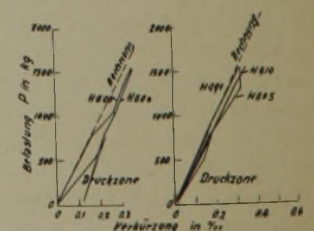
Dehnungszahl im Spannungsbereich =  $319\,000 \text{ kg/cm}^2$ .

Die Anordnung der Meßpunkte ist aus Bild 1 zu entnehmen. Es wurden durchgeführt

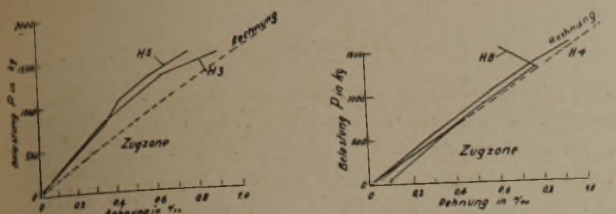
1. örtliche Verformungsmessungen in der Druckzone H 600, H 603, H 491, H 605, H 610 (Bild 3 und 4);
2. örtliche Verformungsmessungen in der Zugzone H 3, H 5, H 4, H 8 (Bild 5 und 6);
3. Die Durchbiegungen der Längsträger (Bild 7).

Vergleichsweise sind bei allen Linienbildern die rechnermäßigen Werte mit angegeben. Die Streuungen der Meßergebnisse überschreiten nicht den Bereich, der erfahrungsgemäß durch die Stoffeigenschaften sowie die Abweichungen der wirklichen und der rechnerischen Lastverteilung bedingt ist.

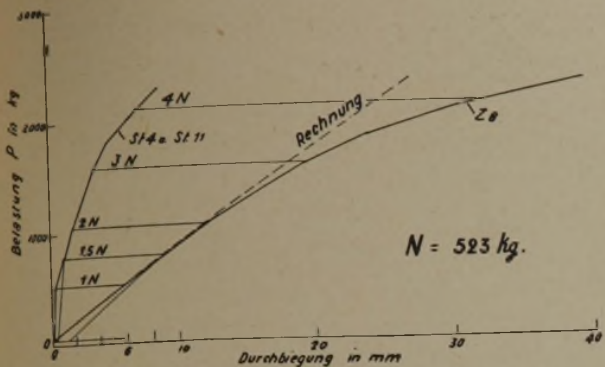
Die örtlichen Verformungsmessungen in Mitte der Spannweiten liefern den Nachweis für das einheitliche Zusammenwirken des Verbundquerschnittes bei Biegebeanspruchung. Sie stimmen in guter Näherung mit den berechneten Werten überein. Die Dehnungen wurden



3 und 4 Örtliche Verformungsmessungen in der Druckzone H 600, H 603, H 491, H 605, H 610



5 und 6 Örtliche Verformungsmessungen in der Zugzone H 3, H 5, H 4, H 8



7 Durchbiegungen der Längsträger

bestimmt auf Grund der Dehnungszahl  $E = 300\,000\text{ kg/cm}^2$ , Betonzugzone mitwirkend. Die Veränderung der E-Zahl mit veränderlicher Spannung ist für diese Berechnung praktisch belanglos, da sich bei den vorliegenden Ausmaßen das Produkt  $EI$  bei Veränderung von  $E$  nur wenig ändert. Bemerkenswert ist, daß die Faserverformungen des Betons über den Längsträger in Mitte zwischen denselben und am Rand der Platte angenähert gleich sind. Diese Feststellung der gleichmäßigen Zusammenwirkung darf jedoch nicht verallgemeinert werden; denn sie ist im vorliegenden Falle durch die Lastübertragung mittels verhältnismäßig steifer Querträger gegeben.

Die Durchbiegungen der Längsträger zeigten nur geringe Abweichungen voneinander, so daß wir hier auf die Wiedergabe beider Meßergebnisse verzichten können. Die ziemlich großen Auflagersenkungen rühren davon her, daß die Probendecken auf Normalprofil-Querträger aufgelagert waren, die sich ihrerseits dehnbar verhielten. Die gemessene, auf die Sehne  $s = 4,30\text{ m}$  bezogene Durchbiegung bei Nutzlast  $P = 523\text{ kg}$  betrug i. M.

$$f = 5,325\text{ mm} = \frac{1}{810} \cdot s$$

Die mit  $E = 300\,000\text{ kg/cm}$  errechnete Durchbiegung ergibt für die Sehne  $s = 4,30\text{ m}$

$$f = 5,10\text{ mm},$$

für die Spannweite  $l = 4,50\text{ m}$

$$f = 5,45\text{ mm} = \frac{1}{825} \cdot l$$

Die gemessenen vollständigen Durchbiegungen zeigten bis zum doppelten Betrag der Nutzlast nur geringe Abweichungen vom verhältnismäßigen Verhalten.

Nach Belastung auf  $P = 788\text{ kg}$  wurde entlastet auf  $P = 43\text{ kg}$ . Aus den hierbei ausgeführten Messungen war zu entnehmen, daß die bleibende Durchbiegung nach erstmaliger Belastung auf die 1,5fache Nutzlast etwa 70 vH der erreichten totalen Durchbiegung betrug.

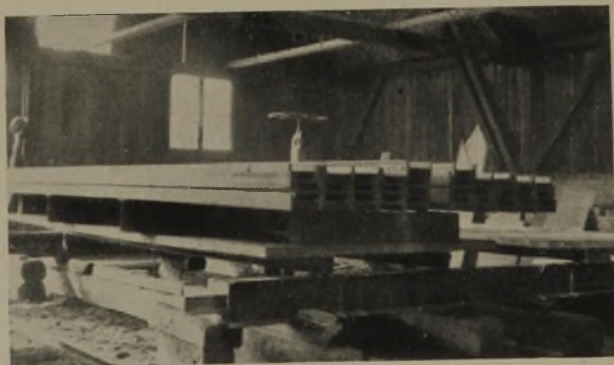
Nach Überschreiten der zweifachen Nutzlast zeigten die Durchbiegungen eine allmähliche Abweichung vom verhältnismäßigen Verhalten, nach Aufbringen der vierfachen Nutzlast zeigten sich im Beton auf Plattenunterseite unter den Lasten Zugrisse. Die Tragkraft der Decke war erschöpft bei  $P = 2850\text{ kg}$ , d. h. bei einer totalen Deckenauflast  $4P = 11\,400\text{ kg}$ . Aus Bild 8 und 9 ist die Probendecke bei totaler Belastung mit  $6134\text{ kg}$  und unter Bruchlast ersichtlich.

Der Bruch erfolgte infolge Fließens des unteren Flansches der Längsträger NP 12. Nach Bruch waren auf der Plattenoberseite wellenförmige Risse längs den aufgeschweißten Spiralen sichtbar, die als abhängige Brucherscheinung durch die großen Bruchverformungen zu werten sind. Durch Aufspitzen wurde festgestellt, daß die Schweißstellen der Schubspirale nach Bruch unbeschädigt waren. Die Bruchsicherheit betrug, bezogen auf Nutzlast allein,  $5,45$ , auf Nutzlast mit Eigengewicht  $n_2 = 3,6$ .

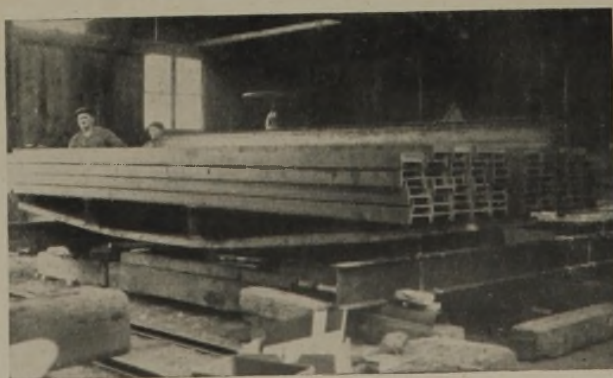
Die rechnerischen Höchstspannungen betragen für

1. Nutzlast (einschließlich Eigengewicht)	$n = 20$	$n = 10$
Betondruckspannung . . . . .	$= 29\text{ kg/cm}^2$	$38\text{ kg/cm}^2$
Eisenzugspannung . . . . .	$= 1250\text{ kg/cm}^2$	$1200\text{ kg/cm}^2$
Höchstschubkraft		
je Schweißstelle . . . . .	$S = 1400\text{ kg}$	$1420\text{ kg}$
2. Bruchlast	$n = 20$	$n = 10$
Betondruckspannung . . . . .	$= 117\text{ kg/cm}^2$	$152\text{ kg/cm}^2$
Eisenzugspannung . . . . .	$= 4850\text{ kg/cm}^2$	$4500\text{ kg/cm}^2$
Höchstschubkraft		
je Schweißstelle . . . . .	$S = 5360\text{ kg}$	$5450\text{ kg}$

Bei den Versuchen wurde noch besonderes Augenmerk auf die verhältnismäßigen Verschiebungen zwischen Träger und Platte gelegt. Feinmessungen zeigten eine gute Übereinstimmung mit dem Verlauf der berechneten Faserdehnung aus Biegung. Erst bei etwa 3,5facher Nutzlast wurde eine geringe Verschiebung festgestellt. Diese Verschiebung entspricht der Überwindung der Haftfestigkeit zwischen Eisenflansch und Betonplatte, wodurch die Schubbewehrung erst zur vollen Wirkung gelangt. Diese Haftfestigkeit ergibt sich rechnerisch zu  $40\text{ kg/cm}^2$ , sie wurde überschritten bei  $\frac{2}{3}$  der Höchstlast und hatte keine Unstetigkeit der Durchbiegungen zur Folge.



8 Probendecke bei vollständiger Belastung mit 6134 kg



9 Probendecke unter Bruchlast

### Schlußfolgerungen:

Aus den Untersuchungen lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

1. Die Verbundquerschnitte arbeiten bei gewöhnlicher Biege- und Schubbeanspruchung bis zur Überwindung der Haftfestigkeit zwischen Längsträger und Betonplatte, welche bei etwa 3,5facher Nutzlast erfolgt, vollkommen einheitlich zusammen. Nach Überschreiten dieser Last kommt die Schubbewehrung voll zur Wirkung. Auch über diese Belastung hinaus und bis zur Bruchlast ist die Zusammenwirkung dank der besonderen Schubbewehrung sehr gut. Die je Schweißstelle übertragene Schubkraft erreichte vor Bruch den hohen Betrag von 7,5t. Es erfolgte bei den vorliegenden Versuchen kein Versagen der Schubsicherung; der Bruch wurde durch Überschreiten der Fließgrenze im unteren Flansch eingeleitet.

2. Die festgestellten Bruchsicherheiten zeigen, daß die Berechnung auf Grund der üblichen, im Eisenbetonbau zulässigen Spannungen hinreichende Sicherheit gewähr-

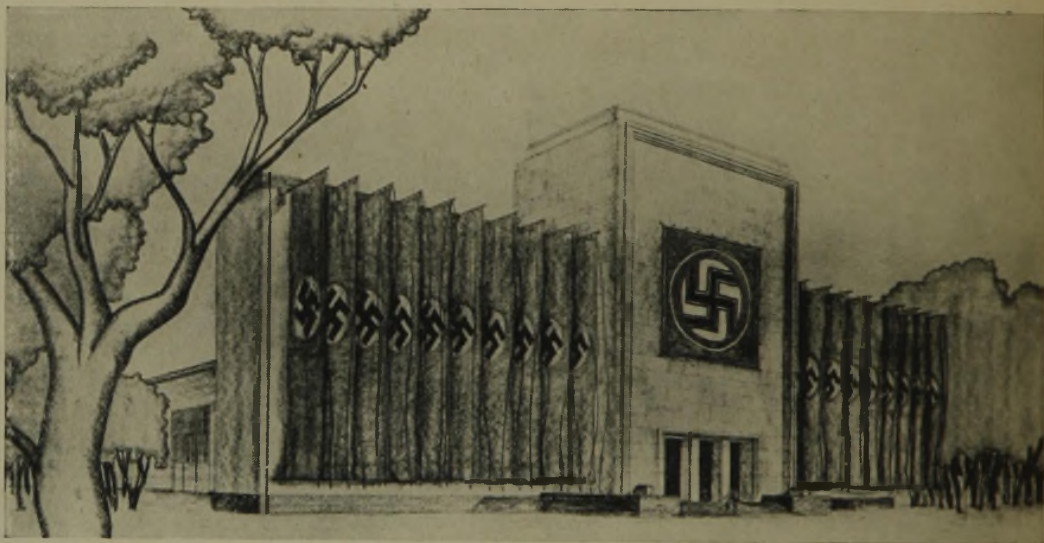
leistet. Es empfiehlt sich, auch in den übrigen Berechnungsgrundlagen und aufbaumäßigen Einzelheiten (Breite der mitwirkenden Betonplatte, Querbewehrung usw.) die maßgebenden Eisenbetonvorschriften zu befolgen. Soweit nicht besondere Versuchsergebnisse über die Ermüdungsfestigkeit vorliegen, ist es zunächst ratsam, bei Berechnung der Schweißstellen nicht über die Schubspannung  $\tau = 500 \text{ kg/cm}^2$  hinauszugehen, wobei die übertragene Schubkraft im Querschnitt des Spiral-Eisens eine Zugspannung von  $1200 \text{ kg/cm}^2$  erreichen darf.

Die bei Nutzlast gemessenen Durchbiegungen betragen im Höchstfall  $f = \frac{1}{810} \cdot l$ . Dieses Ergebnis ist mit Rücksicht auf die besondere Bauart der Alpha-Decke befriedigend. Die festgestellte bleibende Durchbiegung nach Entlastung war sehr gering und betrug im Höchstfall 7 vH. Dieses Ergebnis ist als sehr gut zu bezeichnen und liefert einen klaren Hinweis auf die einheitliche Zusammenwirkung der untersuchten Verbund-Bauart.

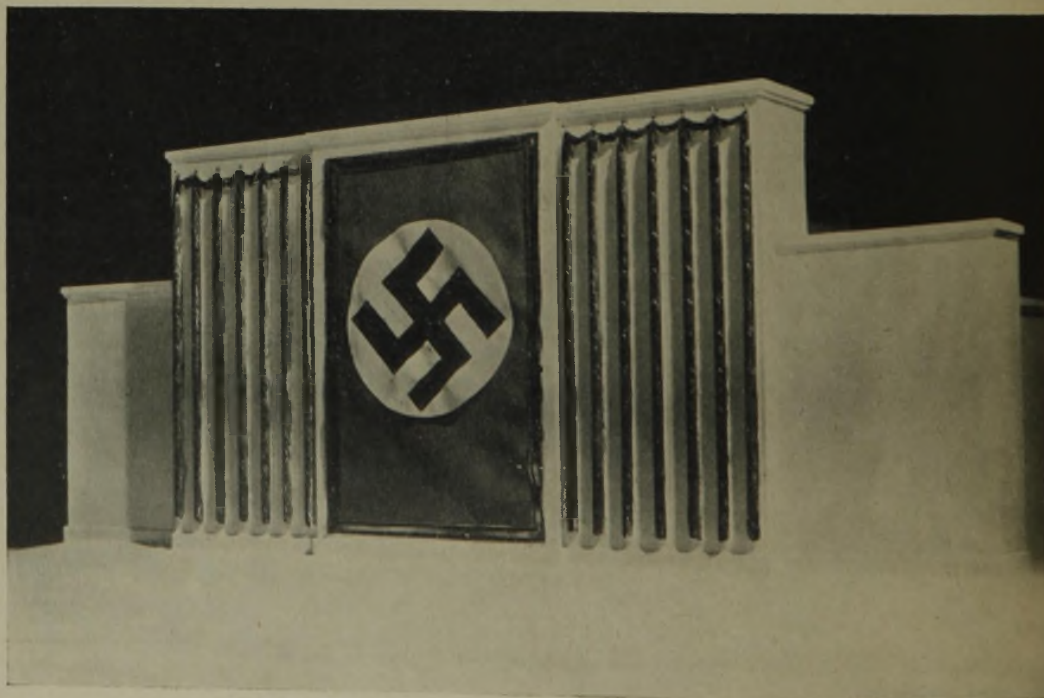
## Festbauten der Bewegung in Nürnberg

Als Nachtrag zu unserem Aufsatz „Festbauten der Bewegung in Nürnberg“ in Heft 22, Seite 427 bis 429, veröffentlichen wir hier Entwürfe des Architekten Albert Speer, Berlin, zur Luitpoldhalle, der Tagungsstätte des bevorstehenden Parteikongresses

Vordere Schau-  
seite der Luit-  
poldhalle



Rückseite der  
Luitpoldhalle

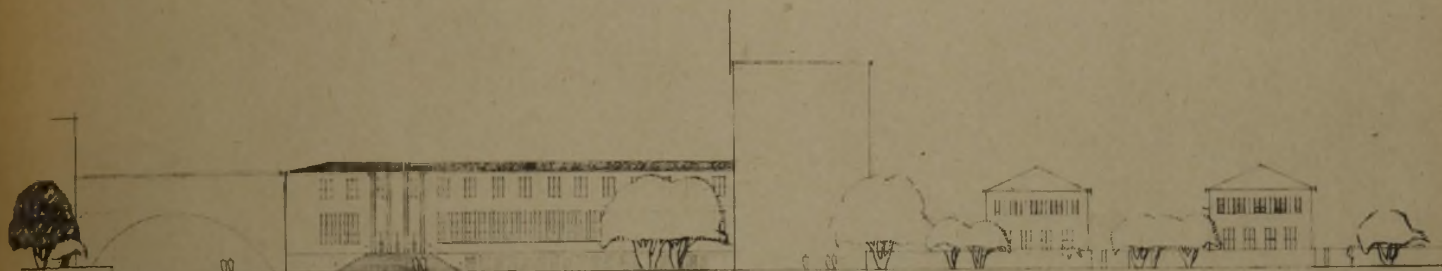
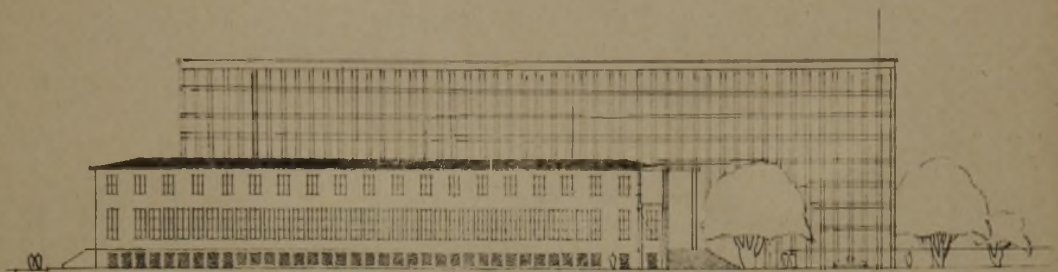




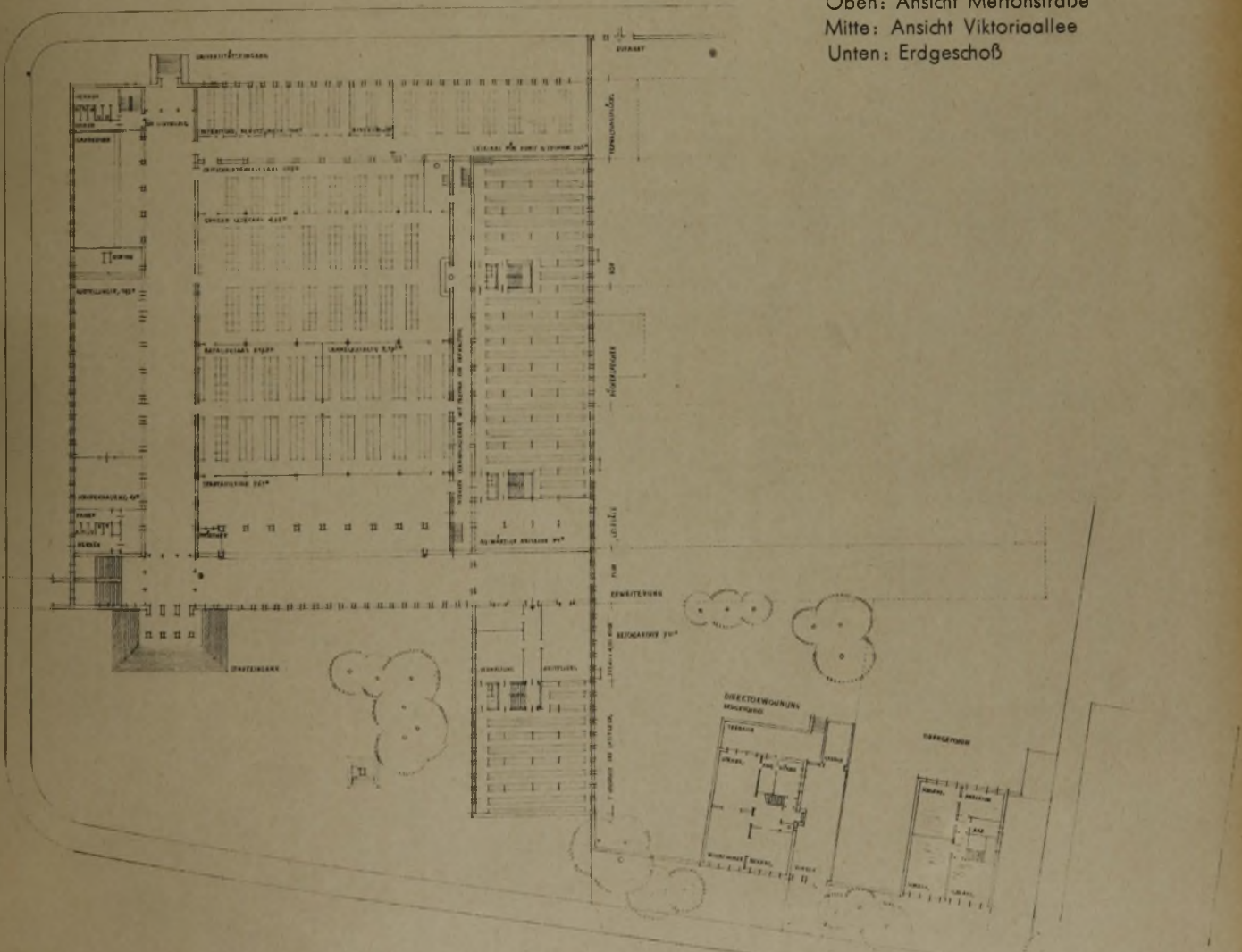
# Großstadtgemäße Bücherei

Ergebnisse des Wettbewerbs zur Hauptbibliothek Frankfurt a. M.

Erster Preis, Architekt Hans Peter, Offenbach a. M.



Oben: Ansicht Mertonstraße  
Mitte: Ansicht Viktoriaallee  
Unten: Erdgeschoß





Zweiter Preis, Architekt Hein A. Schäfer,  
Berlin-Wilmersdorf



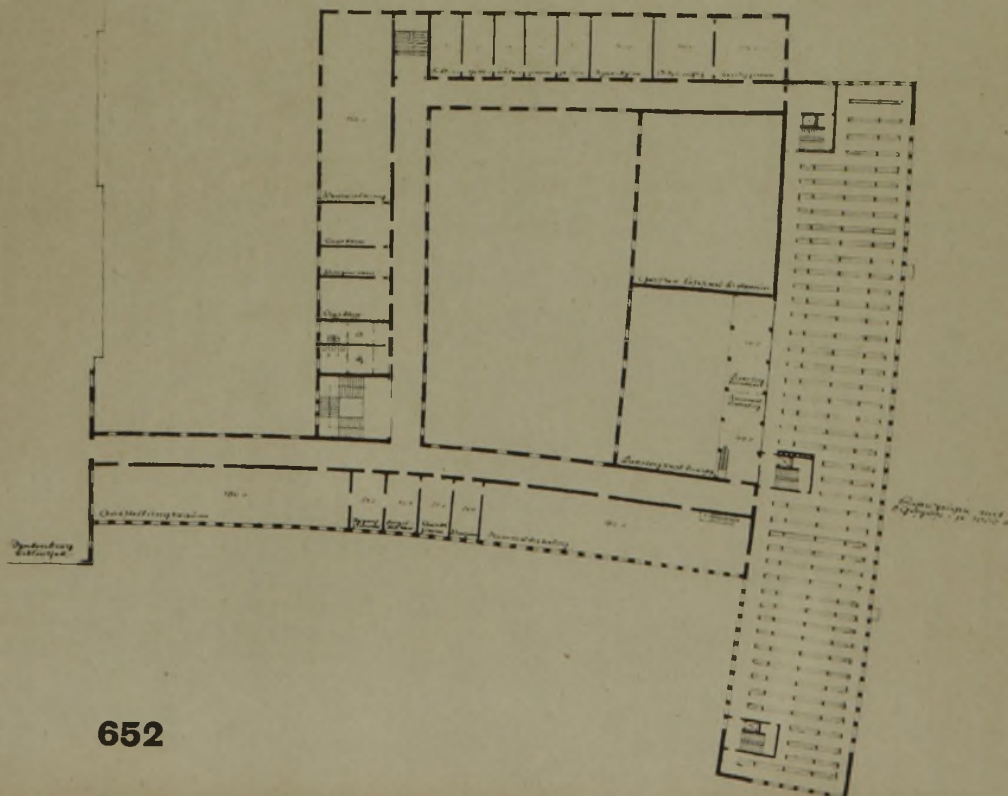
## Die Bauaufgaben des Büchereigebäudes

Dr. Walter Schürmeyer  
Direktor der Bibliothek für Kunst und Technik, Frankfurt a. M.

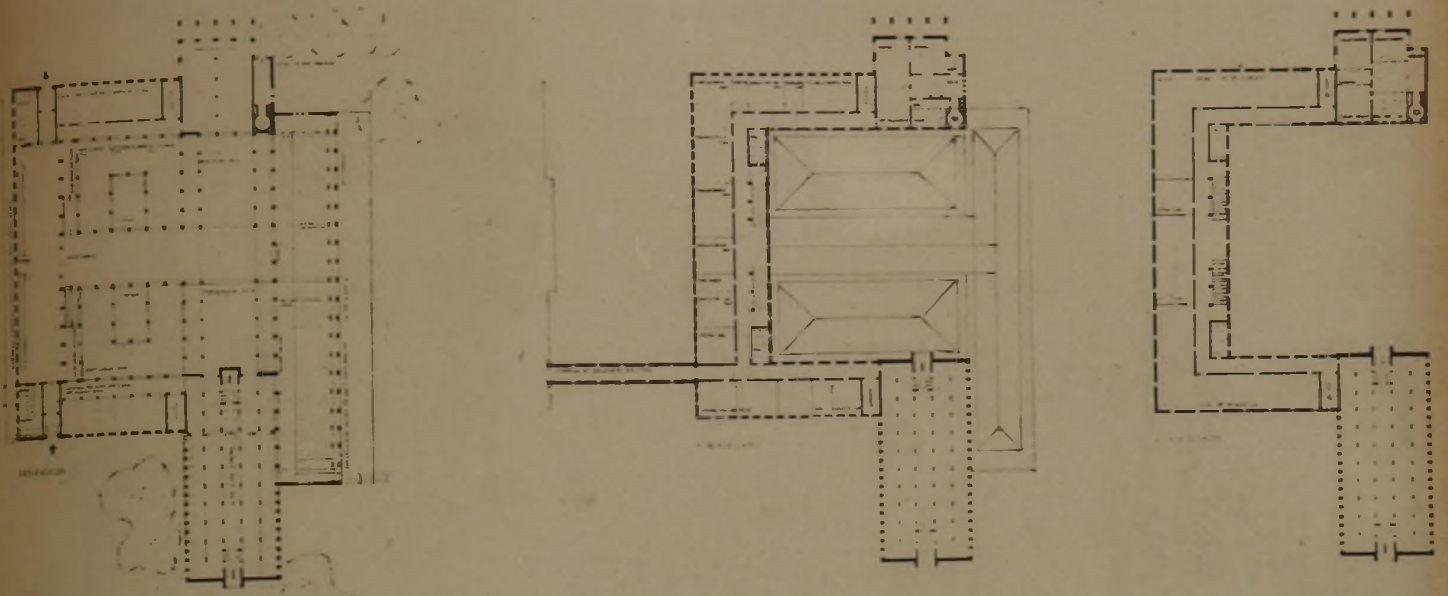
Seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts hat sich immer mehr die Erkenntnis durchgerungen, daß innerhalb des Büchereigebäudes der Bücherspeicher, die Benutzungsräume und die Verwaltung als Raumgruppen klar zu trennen sind. Von ihnen muß nach der heutigen Auffassung des Büchereibetriebes das Bücherhaus den Ausgangspunkt der Bauplanung bilden. Das Bücherhaus entspricht am meisten dem ursprünglichen Begriff „Bücherei“. Es ist aber auch gewissermaßen das Herz des gesamten Betriebes; denn in ihm sind die Bücher aufgespeichert, die durch die anderen Räume dem wissenschaftlichen Leben zugeleitet werden. Durch die ins Riesenhafte angewachsenen Bestände der großen

Büchereien hat das Bücherhaus zuerst die Fachleute gezwungen, sich mit der Bauaufgabe auseinanderzusetzen, um die wirtschaftlichste Lösung für die Unterbringung zu suchen.

Die Grundmaße des Bücherhauses sind daher heute bereits aus den Erfahrungen heraus fast normenmäßig festgelegt. Für den Achsenabstand der Gestelle wurde 1,20 bis 1,50 m als ausreichend erprobt. Die günstigste Geschosshöhe liegt bei 2,20 m. Eine befriedigende Belichtung kann nur durch ausreichende Fensteröffnungen an den beiden Längsseiten erreicht werden. Die zu beiden Seiten eines Mittelganges angeordneten Gestelle erhalten dann bei einer Länge von je 6 bis 7 m ausreichend Licht.

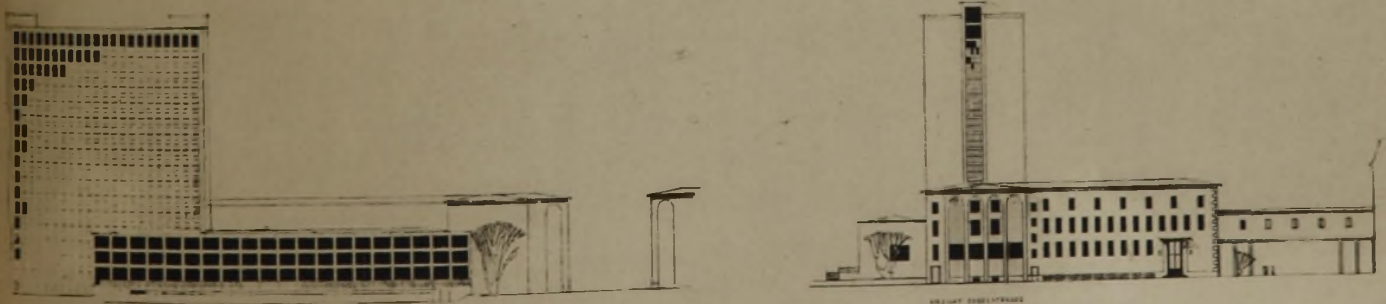


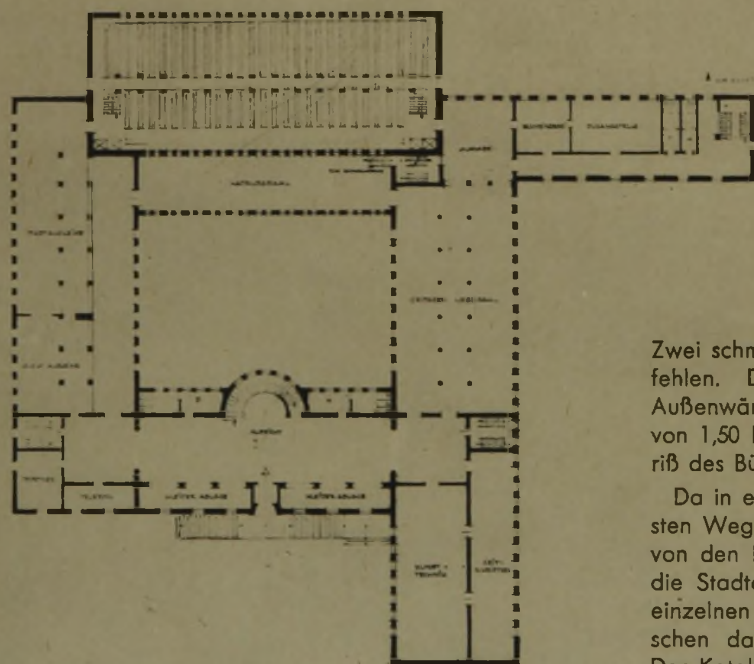
Oben: Ansicht Jügelstraße  
Mitte: Nordseite des Bücherspeichers  
Unten: 1. Obergeschoß



Ein dritter Preis, Architekt Ernst Balser, Frankfurt a. M.

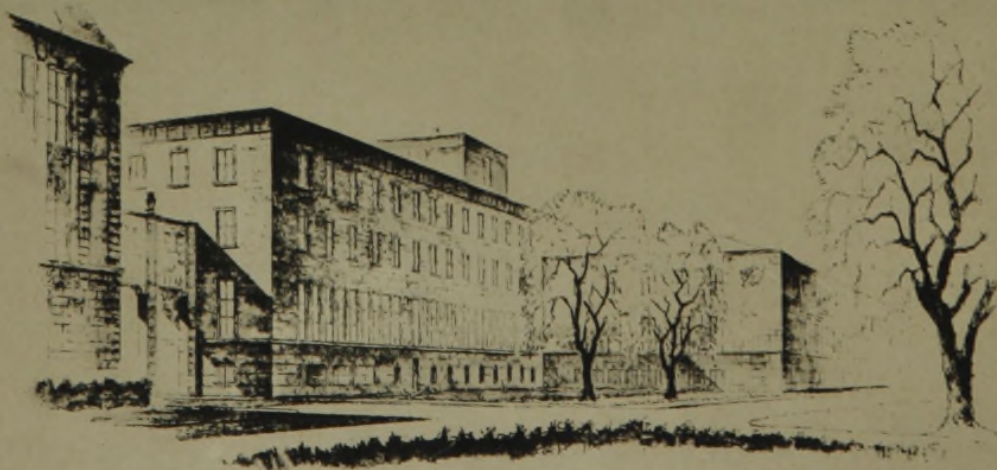
- Oben links: Erdgeschoß
- Oben Mitte: 1. Obergeschoß
- Oben rechts: 2. Obergeschoß
- Mitte: Schaubild
- Unten links: Ansicht von Norden
- Unten rechts: Ansicht Jügelstraße





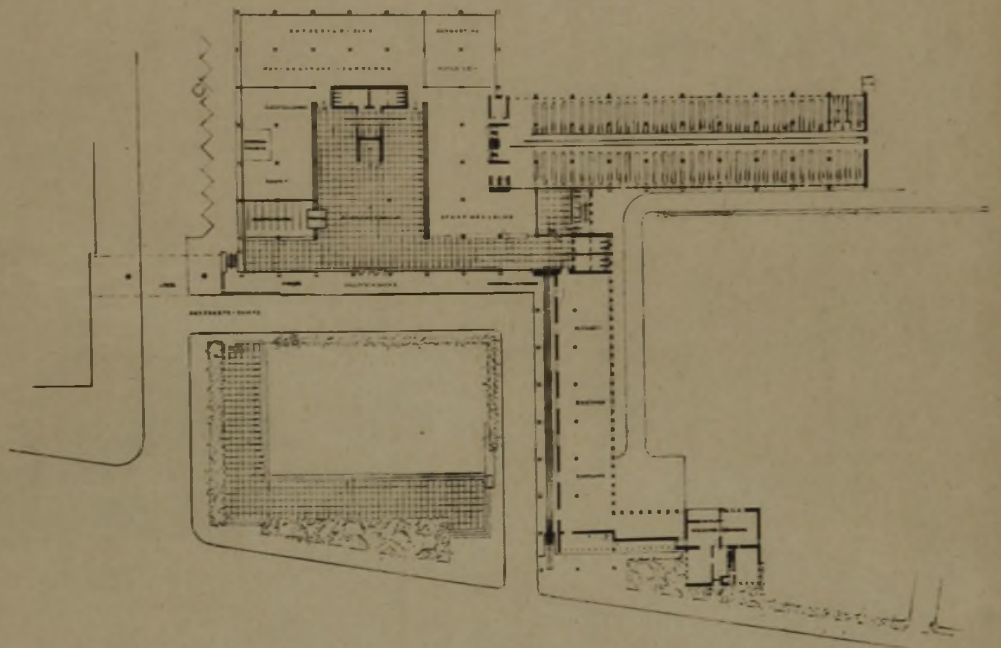
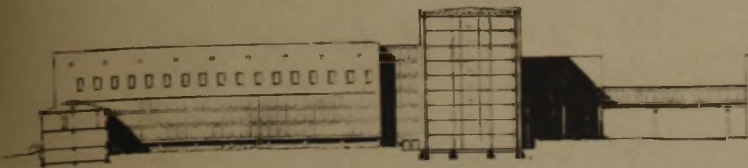
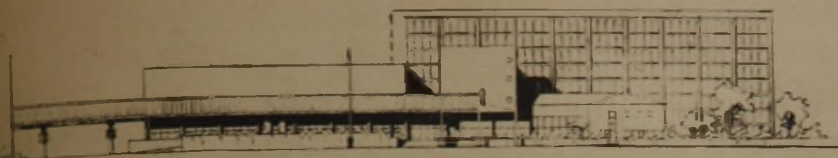
Zwei schmale Gänge an den Fensterwänden sollten jedoch nicht fehlen. Die Treppenanlagen und Aufzüge gehören an die Außenwände, damit sie den Hauptverkehrsweg des Mittelganges von 1,50 bis 2 m Breite nicht stören. Der zweckmäßigste Grundriß des Bücherhauses ist das leicht gestreckte Rechteck.

Da in einer gut geleiteten Bücherei das Buch auf dem schnellsten Wege in die Hände des Benutzers gelangen soll, wird man von den Räumen, die der Benutzung dienen, den Lesesaal und die Stadtausleihe unmittelbar an das Bücherhaus anlehnen. In einzelnen Fällen ist es ratsam, einen Abwartraum als Filter zwischen das Bücherhaus und die Ausgabestellen einzuschalten. Der Katalogsaal dagegen braucht nicht in unmittelbarer Verbin-



Oben: Platz vor der Universität  
Mitte: Erdgeschoß  
Unten: Schaubild

Ein dritter Preis, Architekt Hans Junghanns, Düsseldorf



Oben: Ansicht von Osten  
Mitte: Ansicht von Norden  
Unten: Erdgeschoß

derung mit dem Bücherhaus zu stehen. Da er aber meistens von den Benutzern des Lesesaals und der Ausleihestelle befragt wird, bevor diese Räume betreten werden, muß er von diesen bequem erreichbar sein. Auch zwischen den beiden Ausgabestellen soll eine Verbindung bestehen, die von den Wegen der Benutzer nicht überschritten wird, da erfahrungsmäßig häufig ein Hinüberleiten der Bücher von der einen zur anderen Stelle erfolgt.

Im 19. Jahrhundert haben die Architekten gern den Lesesaal zum Mittelpunkt ihrer Grundrißentwicklung gemacht. Infolgedessen haben die meisten älteren Lesesäle, besonders die Prunkräume der großen Landesbüchereien ausschließlich Oberlicht oder hohes Seitenlicht. Heute bevorzugt man wenigstens an einer Seite freien Ausblick in eine Grünanlage oder einen größeren Binnenhof. Erstrebenswert ist es, der nach Norden gerichteten Fensterwand eine Terrasse vorzulagern, die in den Sommermonaten ein Arbeiten in frischer Luft ermöglicht. Voraussetzung hierfür ist selbstverständlich, daß diese Seite des Gebäudes nicht einer verkehrsreichen Straße zugekehrt ist. Da der Beamte, der

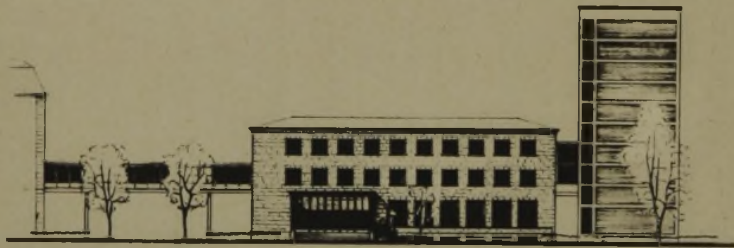
die Bücher für den Lesesaal ausgibt, meistens auch die Aufsicht führt, muß sein Platz einen guten Überblick über alle Arbeitsplätze der Benutzer gewähren. Für die überall erforderliche Handbücherei ist eine ausreichende Wandfläche vorzusehen. Neben dem Hauptlesesaal können alle größeren Büchereien besondere Räume für die Benutzung der Zeitschriften, Handschriften oder anderer Sondersammlungen nicht entbehren.

Der Katalograum stellt keine besonderen baulichen Aufgaben. Er braucht nur gutes Licht. Bei der Stadtausleihe sind die Beamten von den Benutzern durch einen Schaltertisch getrennt. Beide Teile des Raumes dürfen nicht zu knapp bemessen sein, damit sich der Verkehr reibungslos abwickeln kann. In dem Beamtenteil, der einen unmittelbaren Zugang zum Bücherhaus hat, muß genügend Platz für die Ablage der aus- und eingehenden Bücher vorhanden sein. Die Benutzer brauchen Schreibgelegenheiten und Sitzplätze für Wartende. Gern wird man mit der Stadtausleihe einen Ausstellungsraum verbinden, um Kostbarkeiten zu zeigen und zur Benutzung anzuregen.

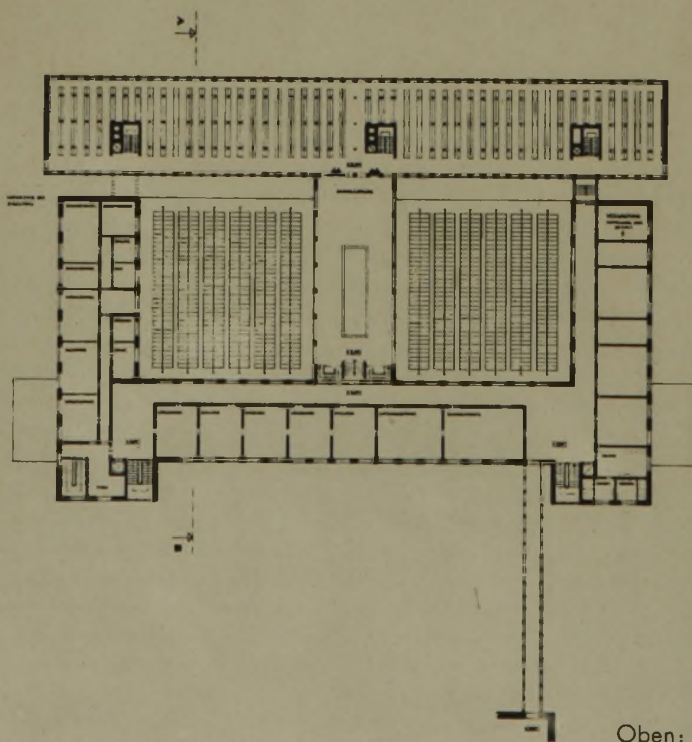
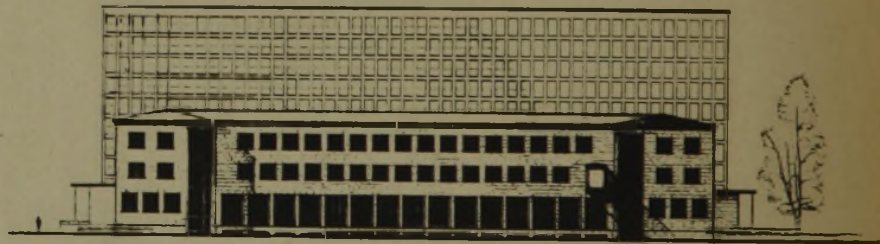
Am wenigsten Gedanken hat man sich früher über die Arbeitsräume der Büchereibeamten gemacht. Der neuzeitliche Büchereibetrieb verlangt jedoch, daß man auch diesen Räumen hinsichtlich ihrer Anordnung und ihrer Größenverhältnisse größte Aufmerksamkeit schenkt. Bei der Planung sollen aber niemals Räume für einzelne Beamte vorgesehen werden. Es sind lediglich Raumgruppen zu schaffen, die aus den Arbeitsgängen des Betriebs entwickelt sind. Da viele Arbeitsräume eine unmittelbare Verbindung mit dem Bücherhaus oder mit einzelnen Benutzungsräumen benötigen und es andererseits nicht erwünscht ist, daß sich die Wege der Benutzer und der Beamten kreuzen, wird man

im allgemeinen alle Arbeitsräume der Beamten in ein oberes Stockwerk legen. Daraus ergibt sich dann die klare Scheidung der Verbindungswege, die innerhalb einer Hauptraumgruppe waagrecht verlaufen, während die Verbindung der Raumgruppen untereinander sich senkrecht vollzieht. Wünschenswert ist ein gesonderter Zugang für die Arbeitsräume, zu denen ein starker Botenverkehr von Lieferunternehmen usw. stattfindet.

Neben den in allen öffentlichen Gebäuden heute selbstverständlichen technischen und gesundheitlichen Einrichtungen sind für den Büchereibetrieb Förderanlagen von besonderer Wichtigkeit. Je besser die Räume angeordnet sind, desto einfacher und

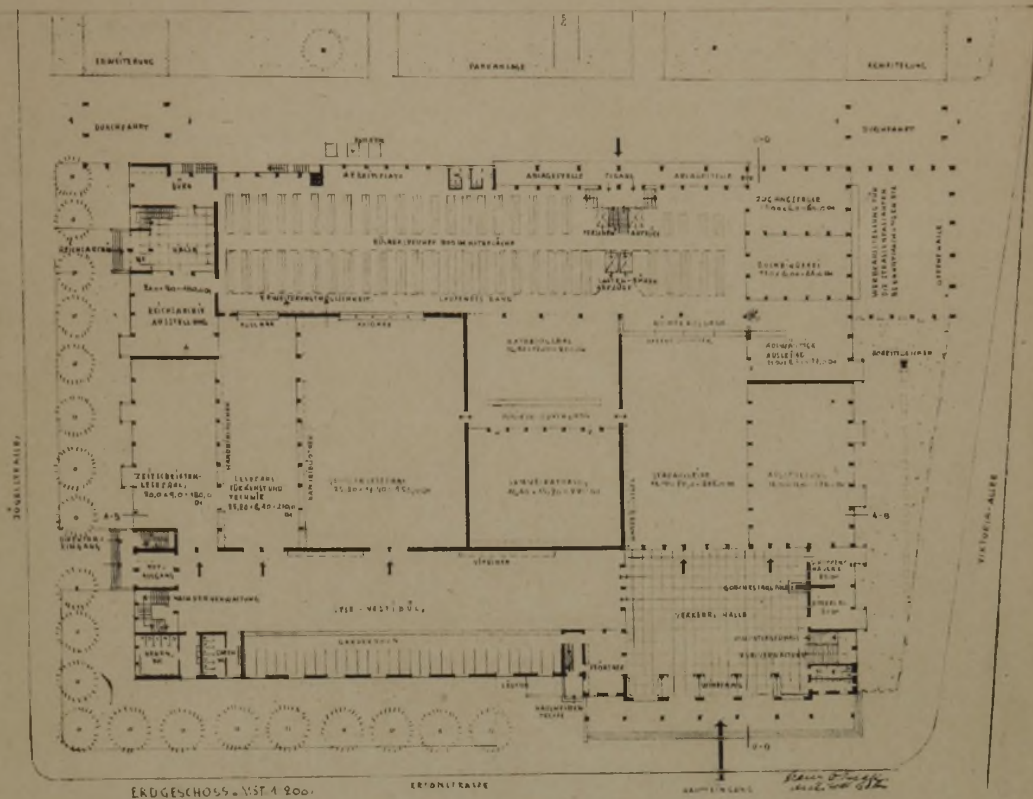


Vierter Preis, Regierungsbaumeister a. D. Konstanty Gutschow, Hamburg



Oben: Ansicht Viktoriaallee. Mitte: Mertonstraße. Unten: 1. Obergeschoß

Erster Ankauf, Architekt Franz  
C. Throll, Frankfurt a. M.



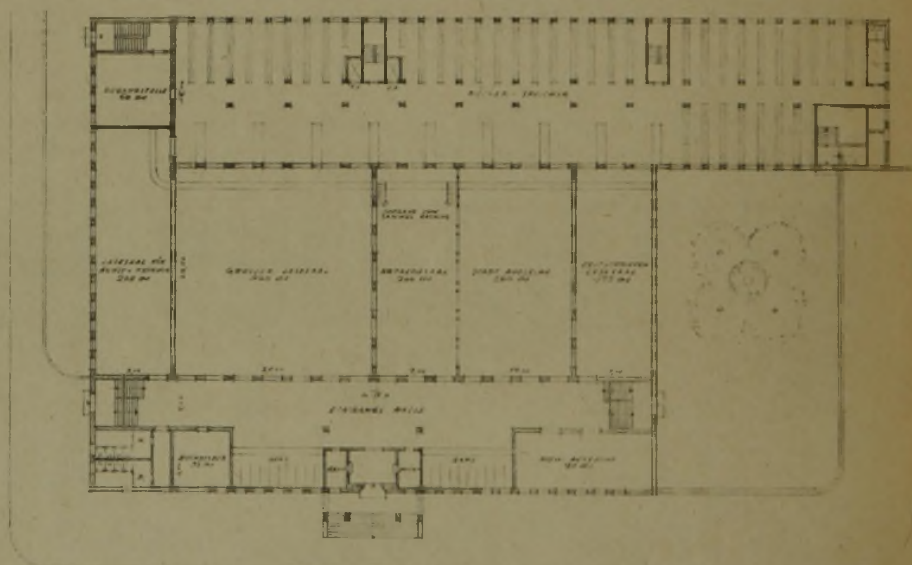
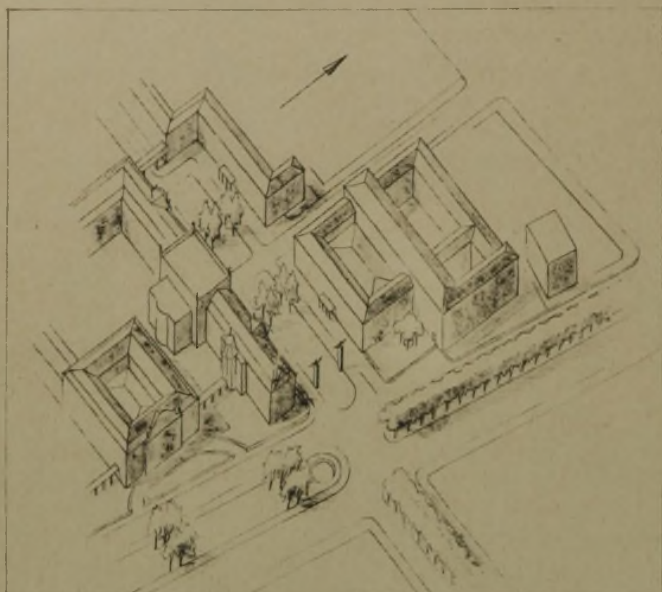
Oben: Erdgeschoß  
Unten: Ansicht Mertonstraße

wirkungsvoller ist ihre Anlage. Fast unentbehrlich ist eine Rohrpost, da ständig Zettel (Bestellzettel, Katalogzettel usw.) durch alle Teile des Gebäudes verschickt werden müssen.

Der Neubau der Hauptbibliothek in Frankfurt a. M. stellt eine Reihe von besonderen Bauaufgaben, die sich einmal aus dem Gepräge der neuen Bücherei und andererseits aus ihrer städtebaulichen Lage ergeben. Die Frankfurter Bücherei ist zum Unterschiede von den meisten anderen großen Büchereien gleichzeitig Universitäts- und Stadtbücherei. Der Lageplatz des Gebäudes erfordert, daß diese doppelte Aufgabe bereits in der Anordnung der Eingänge zum Ausdruck kommt, da der natürliche Zugang von dem bestehenden Vorlesungsgebäude aus den Hauptverkehrsadern, die von der Stadt her zur Bücherei führen, abgekehrt ist. Außerdem soll die neue Hauptbücherei mehrere, bisher selbständige Fachbüchereien aufnehmen. Von diesen wird die Bücherei für Kunst und Technik, mit der die Patentschriftensammlung verbunden ist, am stärksten von der Frankfurter Bürgerschaft für Berufsaufgaben in Anspruch genommen. Infolgedessen sind für diese Abteilung verschiedene selbständige Räume vorgesehen; insbesondere ein Lesesaal, in

dem die Einzelblättersammlung auch weiterhin wie bisher ohne Vermittlung der Beamten zugänglich sein soll. Da aber die Benutzer der Einzelblättersammlung in den meisten Fällen das einschlägige Fachschrifttum nicht entbehren kann, ist auch für diesen Lesesaal eine Anlehnung an das Bücherhaus unerlässlich. Daneben ist ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Benutzungsraum der Patentschriften erwünscht, der seinerseits wiederum neben dem Unterbringungsraum für die Patentschriften liegen muß. So ergibt sich für das Frankfurter Gebäude eine besondere, in sich geschlossene, aber trotzdem mit dem übrigen Betrieb in unmittelbarem Zusammenhang stehende Raumgruppe.

Großer Wert wird in Frankfurt auf die Ausstellungsräume gelegt. Die ehemalige Stadtbücherei besitzt eine seltene Fülle erlesener Kostbarkeiten, die Musikalienabteilung der Bücherei für neuere Sprachen und Musik verfügt über eine bedeutende musikgeschichtliche Sammlung, und die zahlreichen Kunstblätter und Tafelwerke der Bücherei für Kunst und Technik können durch wechselnde Ausstellungen am eindrucksvollsten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Erfahrungsgemäß erfüllen Aus-



Oben: Vogelschaubild  
Unten: Grundriß des Erdgeschosses

stellungsräume aber nur dann ihren Zweck, wenn der Besucher fast zwangsläufig zu ihnen hingeleitet wird. Eine Verbindung mit dem Warteraum der Stadtausleihe ist besonders empfehlenswert.

Das Preisgericht hat aus den eingegangenen Arbeiten den Eindruck gewonnen, daß die Verbindungsbrücke nach dem Gebäude der Senckenberg-Bücherei in baukünstlerisch befriedigender Form nicht zu lösen ist. Läßt man sie fortfallen, so wird auch die städtebauliche Betonung des Universitätsgebäudes durch eine Platzanlage erleichtert, die bisher unverständlicherweise unterblieben ist. Der Haupteingang zu diesem Mittelpunkt

des geistigen Lebens der Stadt befand sich bisher in einer engen Nebenstraße. Die Raumgestaltung vor der Universität schafft außerdem für das Büchereigebäude einen Abstand, der ihm für die baukünstlerische Gestaltung und Höhenentwicklung größere Bewegungsfreiheit gestattet. An der breiten Hauptverkehrsstraße der Viktoriaallee aber schließt das Büchereigebäude die letzte Lücke, in einer Gruppe von wissenschaftlichen Forschungs- und Sammlungsgebäuden. Die leichte Krümmung der breiten Straße und die unruhige Gliederung der bestehenden Gebäude drängt zu einem betonten wuchtigen und damit beruhigenden Abschluß.



# Wirtschaftsumschau

## Wand- und Bodenplatten

Mit Verfügung vom 25. Januar 1935 waren die Fertigpreisbindungen für Wand- und Bodenplatten durch den Reichskommissar für Preisüberwachung aufgehoben worden. Nunmehr liegt die neue genehmigte Marktordnung vor. Diese baut sich auf folgenden Grundlagen auf:

1. Eine **Handelspreisliste** legt für das gesamte Reichsgebiet einheitliche Handelspreise fest. Diese Preise gelten für Verkäufe des Händlers an Abnehmer, die nicht dem Reichsverband Deutscher Fliesengeschäfte angehören. Auf diese Preise erhalten gewerbliche Abnehmer entsprechende Abschläge. Diese Abschläge sind so errechnet, daß dadurch verhindert werden soll, daß private Bauherren die Platten selbst kaufen und sie von Nichtfacharbeitern verlegen lassen. Eine **Richtpreisliste** enthält in vier Preisgruppen für Deutschland die Sätze für alle Arten von Verlegearbeiten. Bei Unterschreiten dieser Richtpreise sind die Verlegerfirmen verpflichtet, der zuständigen Landesgeschäftsstelle Meldung zu erstatten. Eine **Marktregelung** enthält die Bestimmungen über Verkaufs- und Lieferungsbedingungen und Überwachung der Preisgebarung.

2. Um den Markt vollkommen zu ordnen, ist die Anordnung getroffen worden, daß Wand- und Bodenplatten in Zukunft nur diejenigen erhalten, die verbandsmäßig erfaßt sind und daher auch auf die Einhaltung der Marktordnung verpflichtet werden können. Zu diesem Zweck ist bei jeder Landesgruppe ein **Verband der Plattenabnehmer** gegründet worden.

3. Der Reichsverband Deutscher Fliesengeschäfte strebt durch diese Maßnahmen an, die Zahl der unmittelbaren Werksbezieher zu beschränken, ein Bestreben, das vom Kartellgericht in seiner neuesten Entscheidung als „wirtschaftsvernünftig“ bezeichnet wurde. Die Mitglieder des Reichsverbandes kaufen daher unmittelbar ab Industriewerk, während die Angehörigen des Plattenabnehmerverbandes von den Händlern des Reichsverbandes kaufen. Durch die entsprechende Gewährung von Abschlägen auf die Handelspreisliste ist jedoch Vorsorge getroffen, daß diese Abnehmer preislich ungefähr so ge-

stellt werden, als wenn sie unmittelbar ab Werk kaufen würden.

## Private Bausparkassen

In einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe Private Bausparkassen in Berlin erstattete der kommissarische Leiter, Generaldirektor Arnold Knoblauch, Bericht über Verhandlungen, die er aus Anlaß der Unterstellung der Bausparkasse unter das **Aufsichtsamt für das Kreditwesen** geführt hat. Im Anschluß daran wurde Knoblauch zum endgültigen Leiter der Fachgruppe bestellt. Nach Abberufung des bisherigen Beirates wurde ein neuer Beirat gewählt, der aus neun Personen besteht. Reichsminister Kerrl hat mit Rücksicht auf die ihm vom Führer übertragenen neuen Aufgaben die Schirmherrschaft über den Reichsverband Deutscher Bausparkassen niedergelegt.

## Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten

Mit dem Auslaufen der umfangreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, deren Finanzierung ihr übertragen worden war, hat sich die Gesellschaft in ihrem laufenden Geschäft darauf eingerichtet, wieder mit **Krediten aus eigenen Mitteln** eintreten zu können. Die Möglichkeit hierzu wurde nach der geldlichen Seite dadurch geschaffen, daß die Oeffa in den Jahren 1933 und 1934 mit eigenen Ausleihungen zurückgehalten und dadurch flüssige Mittel in beträchtlichem Umfange angesammelt hat, insgesamt sind in dem abgelaufenen Geschäftsjahr aus den eigenen Mitteln Darlehen in Höhe von 49 Millionen Mark bewilligt worden. Diese Darlehensmittel werden gewöhnlich nicht für Arbeiten gewährt, die nach den Grundsätzen einer gesunden öffentlichen Wirtschaft aus den ordentlichen Haushalten der Gemeinden ermöglicht werden müssen, sondern nur für solche Aufgaben, die die Aufnahme von Anleihemitteln rechtfertigen und für deren Beschaffung die Bank auf absehbare Zeit ein wichtiger Darlehensgeber bleiben wird. Es handelt sich vorwiegend um Talsperren, Hafengebäuden usw. R.

## Rechtsfragen

### Dünne Wohnungswände nicht zulässig

In ihren Anforderungen an den baulichen Zustand der Wohnungen verlangen die Wohnungsämter, daß die unbelasteten Scheidewände zwischen verschiedenen Wohnungen mindestens einen halben Stein stark oder als Wände aus doppeltem Gips, Strich- oder Zementdielen ausgeführt werden müßten. Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt in einer bemerkenswerten Entscheidung eine derartige Forderung der Wohnungsämter für gerechtfertigt erklärt. Es handele sich um eine Frage der Wohnungspflege. Die betreffende Wohnung, deren Mängel zur Erörterung standen, war so schlecht gegen Schall gedämmt, daß man aus einer anderen Wohnung ständig jeden Laut und jedes einzelne gesprochene Wort, auch ohne daß es besonders tonstark geredet oder gerufen war, vernehmen mußte. Dieser Zustand stelle nicht nur eine weitgehende Belästigung und Einengung der eigenen Bewegungsfreiheit dar, sondern gebe auch gesundheitlich zu ernstesten Gefährdungen und Bedenken An-

laß. Einen solchen Zustand abgestellt zu sehen, bedeute eine der wichtigsten Grundbedingungen für die Beschaffenheit und Benutzbarkeit einer Wohnung als Heim und Lebensmittelpunkt. (Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts.)

### Ausnahmebewilligung nach Ablehnung

Die Verwaltungsbehörden sind zum mindesten dann, wenn Belange der Gemeinschaft es erfordern, nicht behindert, eine baupolizeiliche Ausnahme für einen Bau, deren Bewilligung sie abgelehnt haben, doch zu bewilligen, selbst wenn ihre frühere Ablehnungsverfügung **unanfechtbar** geworden ist. Das gilt besonders dann, wenn durch die Gesetzesänderung die Rechtslage eine andere geworden ist. Der Nachbar kann sich also jedenfalls dann nicht auf die verbindliche Kraft der früheren Ablehnung der Ausnahme berufen, wenn Belange der Gemeinschaft eine neue Entschließung über die Ausnahme rechtfertigen. (Entsch. d. Sächs. OVG. v. 22. März 1935 — 31 I 32.)

### Duldung des Anbringens von Straßenleuchten

Nach § 90 Abs. 4 des sächs. Baugesetzes haben die Grundstückseigentümer die Anbringung von Vorrichtungen für die Straßenbeleuchtung, Aufhängung von Straßenbahndrähnen, Straßenbezeichnung usw. zu dulden, die für diese Zwecke erforderlich sind. Diese Duldungspflicht ist nicht in dem Sinne beschränkt, daß der Grundstückseigentümer in jedem Falle einwenden könnte, die Anbringung sei *a n d e r w e i t m ö g l i c h*. Voraussetzungen für die Duldungspflicht sind vielmehr nur einmal, daß es sich um einen der im Gesetz aufgeführten Zwecke handelt und ferner, daß sich die Anbringung unmittelbar an den Grundstücken als eine im öffentlichen Nutzen liegende Maßnahme darstellt. Ist das der Fall, so braucht nicht bei jedem einzelnen Grundstück geprüft zu werden, ob die Anbringung gerade bei diesem Grundstück vom Standpunkt der öffentlichen Verwaltung aus eine besondere Notwendigkeit darstellt. (Entsch. d. sächs. OVG. v. 12. April 1935 — 197 I 34.)

### Wesen des Widerspruches gegen einen Bau

Die Aufgabe der Baupolizeibehörde ist es, im Rahmen des Baurechts die mit dem Bauen notwendig verbundenen Beeinträchtigungen fremder Lebenskreise, soweit sie vermeidbar sind, zu verhindern oder zu beseitigen. Hierbei soll sie nach der Absicht des Gesetzgebers durch die Beteiligten unterstützt werden können, indem diese ihre Belange zur Kenntnis bringen. Der durch das Gesetz

ausdrücklich eröffnete Weg, die Behörde in diesem Sinne auf entgegenstehendes Recht oder widerstreitende Belange aufmerksam zu machen, ist der „Widerspruch“. Der Widerspruch gegen einen Bau (vgl. §§ 153 und 154 des sächs. BauG.) ist danach (an und für sich) kein Rechtsmittel, es hat vielmehr lediglich die förmliche Bedeutung, daß die Behörde das Vorbringen prüfen und darauf Bescheid geben, also eine Verwaltungsverfügung erlassen muß, gegen die dem Widersprechenden die genannten Rechtsmittel zustehen. Der Widerspruch kann je nach Lage des Verfahrens verschiedenen Inhalts sein. Er geht in jedem Falle davon aus, daß der von einem Dritten beabsichtigte (oder bereits errichtete) Bau, der den Widersprechenden beeinträchtigt, rechtlich unzulässig sei, und enthält das Verlangen an die Behörde, dasjenige zu tun, was nach Lage des Verfahrens der Beeinträchtigung abzuwenden vermag. Aus diesem Grunde ist er auch an keine Frist gebunden. (Entsch. d. Sächs. OVG. v. 29. März 1935 — 163 I 34.)

### Widerruf der Bauerlaubnis

Eine zu Unrecht erteilte Bauerlaubnis kann zum mindesten dann widerrufen werden, wenn der im Widerspruch zum Rechte herbeigeführte Zustand die Allgemeinheit beeinträchtigt oder erkennbare Nachteile gesundheitlicher, wirtschaftlicher oder ideeller Art für dritte Personen hervorruft. (Entsch. d. Sächs. OVG. v. 29. März 1935 — 163 I 34.)

## Neue Bücher

Lieferung übernimmt die Deutsche Bauzeitung, Abteilung Buchvertrieb, Berlin SW 19

Altes Brauchtum im Handwerk. Von Heinrich Isenberg. 79 S. mit Abb. Verlag Heinrich Buschmann, Münster i. W. 1,20 RM. (114)

In dem kleinen Werke sind zahlreiche Auszüge aus dem wissenschaftlichen Schrifttum über alte Handwerksitten mit Fleiß gesammelt, aber leider fast ohne verbindenden Text wiedergegeben. Infolgedessen liest und genießt die Arbeit sich schwer; auch die eingestreuten hübschen Abbildungen beleben die spröde Darstellung kaum. Der Verfasser hat jedenfalls darauf verzichtet, aus eigener Kraft in Bild deutscher Handwerkskultur nachzuschaffen. Er gibt einen wissenschaftlichen „Extrakt“, der dem Forscher vielleicht doch zu knapp, dem Laien zu trocken erscheint und schließlich beide nicht ganz befriedigt. — Wir wissen, was wir von einer Darstellung älterer deutscher Volksfeste zu erwarten haben. Es ging immer „hoch her“ mit Schmausereien und Tänzen und allerhand Schabernack. Wir wollen uns freuen, daß die „gebildeten“ letzten Jahrhunderte nicht alle Überlieferung dieser Art ausgelöscht haben, so oft sie auch den Versuch unternahmen, die alten Feste „wegen ihrer heidnischen Roheit“ oder „wegen hoher Unkosten“ abzuschaffen. Wir haben inzwischen über die „heidnische Roheit“ unseres Volkes anders zu denken gelernt. Wer diese frohen Feste noch nicht begreift, wird freilich auch niemals unsere volkstümliche alte Baukunst verstehen! Grantz

VDI-Jahrbuch 1935. Die Chronik der Technik. DIN A 5, XII, 183 S. Berlin 1935, VDI-Verlag. 3,50 RM (VDI-Mitglieder 3,15 RM). (47)

Das Jahrbuch 1935 ist ein neues Glied in einer Kette von mustergültigen zusammenfassenden Berichten. Auch dieses Jahr sind in einer Übersicht alle diejenigen Gebiete der Technik schlaglichtartig hervorgehoben, wo die Forschung im Vordringen oder neue Zweige im Entstehen begriffen sind. Das Werk gibt dem Leser einen plastisch

wirkenden Überblick und, durch außerordentlich zahlreiche Hinweise auf das erschlossene Schrifttum und durch die Anleitung „Weg zum Schrifttum“, den unmittelbaren Anschluß an die Quellen zur eingehenden Vertiefung. Das Buch kann nicht warm genug empfohlen werden.

Traustel

Mensch und Menschengesellschaft. Dritter Band der Reihe „Der Weg zu uns selbst. Eine Ganzheitslehre der Lebens-, Wohn- und Stadtbaukultur“. Von Architekt Dr. Richard Scharff. Verlag Meyersche Hofbuchhandlung, Detmold. 240 Seiten. 5,— RM.

Nur derjenige wird die zeitgemäße Bauform finden, der die neuen Werte erfüllt hat. An der Spitze dieser neuen Werte stehen Mensch und Menschengesellschaft. Dieser Gegenstand geht besonders die Architekten an, die ja das Menschenleben mit Haus, Hof und Siedlung sachgerecht einzuhegen haben. Den ersten beherzten Vorstoß zu diesen neuen Werten hatte im Bauwesen Scharffs „Weg zu uns selbst“ getan. Der erste Band erschien im März 1932 und leitete die Reihe der Untersuchungen ein, die nicht von den Formen der Baukunst ausgehen, sondern umgekehrt aus deren Wurzeln und Entstehungsursachen alle Formen zu begreifen suchen. Der jetzt erschienene dritte Band erschließt nun dem Baufachmann den Fragenkreis um den Menschen mit stetem Bezug auf die Baukunst: Durch die Beobachtung des Lebens, angefangen von den einfachsten Formen des Seins, wird hier versucht, die Grundsätze aller Entstehung von Formen zu erlauschen. Der erste Hauptabschnitt „Phänomene des Lebens“ bringt dieses weite und fesselnde Gebiet und ordnet dabei den Gedankenbau der weltanschaulichen Fragen. Auf das damit gewonnene „Ganzheitsbild“ baut nun der zweite Hauptabschnitt „Das Problem der menschlichen Struktur“ auf. Dieses Gebiet ist dem Ingenieur

wenig geläufig, daher um so lesenswerter. Im dritten Abschnitt „Das Wesen der Gesellschaftsformen“ werden diese Untersuchungen in das Gebiet der Soziologie und Anthropologie erweitert. Der vierte Abschnitt überrascht durch die große Fülle an Beispielen und Beobachtungen aus der Baukunst. Erwähnt sei noch, daß in dieser Arbeit das dualistische, also das bisher geläufige Prinzip zurückgestellt und durch das „neue Weltbild als Sinnbild dreipoliger Zuordnungen“ ersetzt wird. Jedenfalls ist auch dieses neue Buch eine gewaltige Fanfare des Willens der neuen Ganzheit. Schwieger

Der Neubau des Zoologischen Instituts der Universität München. Von Professor Dr. K. v. Frisch und Ministerialrat Dr. Th. Kollmann. 32 S. mit zahlr. Abb. u. 1 Plan. München 1935, Graph. Kunstanstalt A. Huber, München. 2,— RM. (126)

Unter der Oberleitung von Ministerialrat Dr. Th. Kollmann entstand für das Zoologische Institut in München eine mustergültige Anlage mit all den technischen Feinheiten, wie sie eine solche einmalige Aufgabe erfordert. Der Gesamtaufwand des Neubaus betrug ohne Grundstückskosten 1 583 306 RM. Von dieser Summe gehen 560 000 RM auf das Hörsaalgebäude. Der Einheitspreis für den Kubikmeter errechnet sich für das Zoologische Institut auf 52 RM, für den Hörsaalbau auf 41,50 RM. Auf die Hauptbaukosten entfallen hiervon rund 70 vH, auf die Möbel, die allgemeine innere Einrichtung und die wissenschaftlichen Geräte 27 vH und auf die Bauführung 3 vH. Ernst-Erik Pfannschmidt

Grundlagen der Kostenrechnung und Organisation eines Baubetriebs für den Wohnungs- und Siedlungsbau in Stadt und Land. Von Privatdoz. Dr.-Ing. Edgar Hotz unter Mitarbeit von Regierungsrat Dr.-Ing. Hans Kammler. Verlagsgesellschaft R. Müller m. b. H., Eberswalde—Berlin—Leipzig. 160 S. Din A 4. Leinen 4,80 RM. (68)

Für den im Ansturm der Hunderte von Fragen des Tages Stehenden will diese Arbeit von etwa 150 Seiten auf den ersten Blick als allzu eingehend und theoretisch erscheinen. Bei ruhiger Durchprüfung der Grundlagen und Fragen, die darin behandelt werden, kann aber nur begrüßt werden, daß es endlich einmal unternommen ist, mit wissenschaftlichem Ernst und der bisher zu oft zu vermissenden Unvoreingenommenheit und Beständigkeit alle Fragen der auf die Förderung der Volksgemeinschaft eingestellten Baubetriebsführung, insbesondere auch der immer noch im argen liegenden wirtschaftlich gesunden Kostenberechnung zu unterstützen und ausreichend zu beantworten. Freilich ist eigentlich auch heute erst die Zeit reif für eine solche Arbeit, wo der Grundstein gelegt wird für eine neue Wirtschaftsauffassung, die auch eine Wandlung aller Beteiligten zur Voraussetzung hat und die keinen Raum mehr läßt für Geschäftsgrundsätze, etwa derart, daß man größere Leistungen verlangt, als man gerechterweise bezahlen will und kann, oder an Menge und Güte weniger liefert, als man bezahlt erhält. Zur Behandlung steht die Hauptfrage der Bau- und Volkswirtschaft: der Wohnungs- und Siedlungsbau im ganzen. In einer ungewöhnlichen Übersichtlichkeit wird in sorgfältig ausgearbeiteten Tafeln, Linienbildern und Aufstellungen jede Einzelfrage behandelt. Es muß der Hinweis genügen, daß vom ersten Auftauchen der Bauabsicht beim Bauherrn über Kostenanschlagsfertigung und Vertragsschluß, Geldbeschaffung unter Ermittlung aller hierzu erforderlichen Grundlagen einschließlich allen Verkehrs mit den Behörden, bis zur Fertigstellung und Ausführung mit ihren Fehlern aus Mängeln der Betriebsgestaltung, Bauweise, Werkzeug und allen Verlust-

## Männer vom Bau

Heinrich Straumer, Berlin, Professor, Dr.-Ing. e. h., Architekt von Kirchen, Landhäusern, Verwaltungsbauten und Museen. Seine bekanntesten Bauten sind der Funkturm und die Fankhalle auf dem Berliner Messegelände



quellen überhaupt auch nicht ein einziger Punkt unerörtert bleibt. Dieses Buch löst wirklich die Aufgabe, die sich die Verfasser gestellt haben, den Bauherren, Architekten, Baubeamten und Bauunternehmern als Vorschläge für eine bloße Aufgabenstellung und Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zu dienen. Es gehört nicht zum wenigsten auch in die Hände des Nachwuchses auf den Technischen Hoch- und Fachschulen. Eine weite, große Sendung könnte und sollte es zu erfüllen in der Lage sein: endlich den Weg zu ebnen für eine gerechte und wirtschaftlich gesunde Auftragsvergebung, die unser Handwerk wieder in die Lage versetzt, baukulturelle Werte zu schaffen, die das berüchtigte Submissionswesen allzulange und leider allzu gründlich unterbunden hat. Damm

## DBZ - Kurzaufgabe 10



Der wiedergegebene Ausschnitt des Lichtbildes eines Hauses ist zum vollständigen Bau zu ergänzen. Die Gestaltung ist im gleichen Ausdruck durchzuführen wie ihn das Bild zeigt.

I. Preis RM 10.— II. Preis RM 5.—

Alle Baugestalter und Studenten können sich beteiligen. Preisgericht ist die Schriftleitung der Deutschen Bauzeitung. Die Entscheidung ist (unter Ausschluß des Rechtsweges) unwiderruflich. Einsendungen der Skizzen mit dem Vermerk „Kurzaufgabe 10“ bis 26. August.

# Nachrichten

## Gesetze und Richtlinien

Gemeinden, Künstler und Kunsthandwerker. Der Reichspropagandaminister hatte mehrfach darum ersucht (siehe unsere Veröffentlichungen im Heft 22, S. A 272; Heft 25, S. 496; Heft 32, S. A 383), bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten Künstler und Kunsthandwerker, insbesondere Maler, in verstärktem Maße heranzuziehen. Der Reichs- und Preußische Minister des Innern empfiehlt nunmehr seinerseits weitgehende Berücksichtigung dieses Ersuchens und regt gleichzeitig eine vermehrte Zusammenarbeit der Gemeinde und Gemeindeverbände mit der Reichskammer der bildenden Künste und deren Landesleitungen an.

Eine Warnung der Berliner Baupolizei. In letzter Zeit haben sich in Berlin die Fälle gehäuft, daß Bauherren, vor allem Siedler und Handwerker, durch gewissenlose Bauunternehmer geschädigt und teilweise um ihr Vermögen gebracht wurden. Die Baupolizei weist daher erneut darauf hin, daß sie im Zusammenarbeiten mit den Handwerkerinnungen die Zuverlässigkeit prüft. Es wird vor allem die Notwendigkeit in den Vordergrund gestellt, in jedem Falle vertrauenswürdige Fachleute und Architekten zu Rate zu ziehen, sich rechtzeitig vor dem Kauf eines Grundstückes bei den zuständigen Behörden über Bebaubarkeit, Wert usw. zu erkundigen, sowie bei der Auswahl der Bauunternehmer und Bauhandwerker vorsichtig zu sein.

## Behörden und Einrichtungen

Vertrauens-Architekten für Bau- und Siedlungsvorhaben. Das Reichsheimstättenamt hat sich entschlossen, in den einzelnen Gauebenen Vertrauens-Architekten einzusetzen, um eine einheitliche und plangerechte Erfassung und Vorbereitung sämtlicher Bau- und Siedlungsvorhaben in den Gauen zu sichern und eine Verzögerung der Ausführung der Vorhaben zu vermeiden, die durch widerstrebende Meinungen in Fachfragen entstehen könnten. Die Aufgaben dieser Vertrauens-Architekten sind im wesentlichen auf die Überwachung der durchzuführenden Vorhaben und weiterhin auf die Verbesserung der Planung und die Heranziehung geeigneter Fachleute gerichtet. Der Siedlungsbeauftragte im Stabe des Stellvertreters des Führers, Dr. Ludowici, hat zunächst folgende Vertrauens-Architekten bestimmt: 1. Prof. Wetzel, Stuttgart, Technische Hochschule; 2. Prof. Frick, Architekt, Königsberg; 3. Architekt Karl Fischer, München. Wie wir hören, schweben wegen der Benennung weiterer fünf Vertrauens-Architekten Verhandlungen mit den betreffenden Gauleitern.

Erholungsurlaub für bildende Künstler. Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste hat mit dem Hauptamt für Volkswohlfahrt ein Hilfswerk zugunsten notleidender Künstler, soweit sie Mitglied der Kammer sind, eingeleitet. Es konnten bereits zahlreiche Verschickungen erholungsbedürftiger Künstler durchgeführt werden. Anträge für Erholungsbedürftige zu Verschickungen in Familienfreistellen, für Kranke in Kur- bäder können gestellt werden; die Fahrpreisermäßigung beträgt 50 vH, in Sonderfällen werden noch größere Ermäßigungen gewährt. Nähere Auskünfte erteilen die Landesleitungen der Reichskammer der bildenden Künste.

## Siedlung

Genossenschaften und Landarbeiterwohnungen. Die Schlesische Landesgenossenschaftsbank Raiffeisen, Breslau, und die Provinzial-Genossenschaftsbank gewähren nach gemeinsamen Richtlinien

Darlehen für den Bau von Landarbeiterwohnungen. Die Genehmigung des Bauvorhabens muß durch die Landesbauernschaft Schlesien genehmigt sein. Die Unterlage des Darlehens bildet der durch das Landesarbeitsamt zur Verfügung gestellte Reichszuschuß, der die Hälfte der Kosten (etwa 3600 Mark je Baustelle) deckt. Der Zinsfuß beträgt für den Darlehensnehmer 5 vH.

Bäuerliche Siedlungen in bayrischen Staatswäldern. Schon seit längerer Zeit hat Ministerpräsident Siebert umfassende Maßnahmen veranlaßt, um geeignete Staatswäldungen der bäuerlichen Siedlung zuzuführen. Bisher sind bereits 1400 Tagewerke Waldboden für solche Zwecke abgetragen worden. Es handelt sich um gesammelte Anliegersiedlungen, d. h. um die Erweiterung bereits vorhandener bäuerlicher Betriebe.

## Straßenbau

Schlesiens Reichsautobahnen. Auch in Schlesien ist ein großer Teil der Reichsautobahnen in Angriff genommen worden. So sind u. a. auf der Strecke Breslau—Berlin über 70 Kilometer im Bau. Die Linienführung der schlesischen Reichsautobahn hat ihren Ausgangspunkt in Beuthen. Sie geht dann durch das ober-schlesische Industriegebiet nördlich von Hindenburg und Gleiwitz über den Adolf-Hitler-Kanal und die Oder, verläuft südlich von Oppeln, Brieg, an Breslau vorbei in Richtung Liegnitz und Haynau durch die Kreise Bunzlau, Sprottau, Sorau, Guben und mündet schließlich bei Berlin in den großen Ring um die Reichshauptstadt, von dem aus strahlenförmig die Reichsautobahnen nach allen Himmelsrichtungen ausgehen.

## Zählergebnisse

Berlins Radfahrwege Ende März 1935. Der Gesamtbestand der in Berlin vorhandenen Radfahrwege betrug am 31. März 1934 291,0 Kilometer. Durch Neuanlagen im Laufe des Rechnungsjahres 1934 hat sich die Länge des Berliner Radfahrwegenetzes um 12,4 auf insgesamt 303,3 Kilometer erhöht. Der Hauptzugang entfällt auf den Verwaltungsbezirk Treptow, in dessen Bereich allein 7,8 Kilometer oder 51,4 vH der im Rechnungsjahr 1934 in Berlin neu angelegten Radfahrwege geschaffen wurden. In weitem Abstand folgt der Verwaltungsbezirk Spandau mit 1,5 Kilometer. Vom Gesamtbestand der in Berlin vorhandenen Radfahrwege liegen nach dem Stande vom 31. März 1935 insgesamt 37,2 Kilometer oder 12,2 vH in städtischem Dauerwald. Von den im Rechnungsjahr 1934 neu geschaffenen Radfahrwegen liegt ein noch erheblich höherer Anteil — 5,0 Kilometer oder 33,1 vH — in den der städtischen Forstverwaltung unterstehenden Waldungen der Stadt Berlin. (Vergleiche auch unsere Veröffentlichung in Heft 31, Seite 622.)

## Ausland

Schwedische Städtebauer besuchen Deutschland. Sechs hervorragende schwedische Städtebauer — ein Regierungsvertreter und fünf Mitglieder der Stadtbauverwaltung Stockholm — befinden sich zur Zeit auf einer Forschungsfahrt durch Deutschland, die sie unter anderem nach München, Stuttgart, Mannheim, Köln und Berlin führt.

## Persönliches

Kunstmaler Gerhard Beuthner ist beauftragt worden, in der Fakultät für Bauwesen der Technischen Hochschule Breslau das architektonische Zeichnen und Aquarellieren in Vorlesungen und Übungen zu vertreten.